

Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
21. Jahrgang | Nr. 1 / 2016

Eckpfeiler der Seniorenpolitik

Grußwort der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider
zum 9. Altenparlament

*Sehr geehrte Seniorinnen
und Senioren,*

mit dem 9. Altenparlament setzen Sie, setzen wir eine Tradition fort, die 1999 ihren Anfang genommen hat. Auf Initiative meines Amtsvorgängers, Herrn Hinrich Kuessner, fand im Jahr 1999 das erste Altenparlament in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern statt. Ziel war und ist es auch heute noch, nicht nur über Seniorinnen und Senioren, sondern mit Ihnen zu reden, um Ihre Probleme und Wünsche kennenzulernen und Ihnen mehr Gewicht zu verleihen. Wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, hat sich dieses Altenparlament nach und nach zu einem Eckpfeiler der Seniorenpolitik unseres Landes entwickelt und seine Beschlüsse sind aus der politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Während wir uns noch im Jahre 1999 am Altenparlament in Schleswig-Holstein orientiert haben, können wir heute mit Stolz feststellen, dass sich nunmehr die Anderen an unserem Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern orientieren. Wir können daher zu Recht sagen, dass das Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern über unsere Landesgrenzen hinaus viel Beachtung und Anerkennung erfährt. Dies liegt sicherlich auch



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider

daran, dass Sie sich bei der Auswahl der Themen nicht nur auf Soziales und Gesundheit beschränken, sondern auch generationsübergreifende Fragen diskutieren und Beschlüsse dazu fassen. Diese Beschlüsse haben gezeigt, dass sich das Selbstverständnis Ihrer Altersgruppe gewandelt hat. Selbstbewusst nehmen Sie alle an der politischen Gestaltung teil. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber nicht nur das Selbstverständnis der älteren Generation, sondern auch das Seniorenbild in der Gesellschaft geändert. Dieser Mentalitätswechsel muss von einer zeitgemäßen Seniorenpolitik berücksichtigt werden.

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder, verehrte
Leser des „Seniorenkuriers“,**

71 Delegierte aus allen Regionen unseres Landes treffen sich zum 9. Altenparlament. Selbstbewusst beraten diese Delegierten ihre Forderungen zum Wohnen im Alter und zur Sicherung einer sozialen Infrastruktur. Dem Umbau im Landtag geschuldet, findet dieses Parlament diesmal nicht im Plenarsaal, sondern im Rittersaal der Gaststätte Ritterstube in Schwerin statt. Die Eröffnung erfolgt traditionell durch die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. (Siehe auch Grußwort auf dieser Seite.) Als ein Höhepunkt wird die Rede von Ministerpräsident Erwin Sellering erwartet. Nach der Arbeit in den Arbeitskreisen stehen Abgeordnete der demokratischen Fraktionen den Delegierten Rede und Antwort zu seniorenpolitischen Themen und zur Berücksichtigung dieser Themen in der Arbeit der Fraktionen. Die Stellungnahmen der Fraktionen zur Umsetzung der Beschlüsse des 8. Altenparlaments finden Sie auf der Homepage des Landesseniorenbeirats unter www.Landesseniorenbeirat-mv.de.

Wir wünschen den Teilnehmern des 9. Altenparlaments viel Erfolg und freuen uns schon auf das 10. Altenparlament, einer Jubiläumsveranstaltung, die dann als besonderer Höhepunkt bestimmt schon im neuen Plenarsaal des Landtages stattfinden wird.

*Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

Aus dem Inhalt

Seite	4	Berliner Erklärung zum Alter
Seite	11	Situation der Pflegeberufe im Landtag
Seite	22	Aus Landkreisen und Städten

Schwungvoll Feste feiern



Zahlreiche musikalische und gesellige Veranstaltungen im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten

Das neue Jahr begann beschwingt. Zu bekannten Liedern der 50-er, 60-er und 70-er Jahre sangen und tanzten die Bewohner des Vitanas Senioren Centrums Am Schlossgarten beim musikalischen Kaffee-Nachmittag. Gemütliches Miteinander, leckere Torte, Musik und Tanz! Auch Fasching wurde mit selbst gefertigten Hüten und Kostümen bereits ausgelassen gefeiert.



Und das Jahr geht bunt weiter:

Zum Frauentag präsentiert das Roger-Wittaker-Double Harald Boom seine Show, am Herrentag geht's zünftig mit einem musikalischen Frühschoppen zu. Im Mai lässt das Rapsblütenfest alles in gelb erstrahlen. Der große Tag der offenen Tür findet dieses Jahr am 25. Juni statt. Centrumsleiterin Susanne Sickmann: „Kommen Sie vorbei, lernen Sie uns kennen und nutzen Sie die Möglichkeit, sich durch unser Haus führen zu lassen oder sich mit Bewoh-

nern und Angehörigen zu unterhalten.“ Der Sommer lädt dann endlich wieder zum Beisammensein auf der großen Terrasse ein: Hier gibt es Leckeres vom Grill, Cocktails und Eisbecher. Im Herbst lockt dann das Weinfest. Zu sämtlichen Veranstaltungen sind die Bewohner und Angehörigen selbstverständlich kostenlos eingeladen. Mit all diesen Festen und Feierlichkeiten organisiert das Betreuungsteam des Vitanas Senioren Centrums Am Schlossgarten monatliche Höhepunkte für die Bewohner, die zusätzlich zu den zahlreichen wöchentlichen



Therapie- und Freizeitangeboten stattfinden.

Da kommt keine Langeweile auf und das Jahr vergeht wie im Flug. Und ehe man sich versieht, steht dann schon wieder der Weihnachtsmann vor der Tür und die nächste Silvesterparty steigt.

**Kontakt: Susanne Sickmann, Centrumsleiterin
Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**

Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin

☎ (0385) 51 19 - 0 | www.vitanas.de/amschlossgarten

Fortsetzung von Seite 1

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern das Seniorenmitwirkungsgesetz M-V vom 26. Juli 2010 verabschiedet. Wie Ihnen allen bekannt ist, hat er ferner im Jahre 2012 eine Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt. Diese Enquetekommission hat nunmehr ihren zweiten Zwischenbericht mit Handlungsempfehlungen vorgelegt, die das Ziel verfolgen, den

Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung in unserer Gesellschaft zukünftig noch besser Rechnung zu tragen. Dabei stehen ähnliche Themenfelder, zum Teil identische, im Mittelpunkt der Betrachtung, wie sie bereits in den Beschlüssen der Altenparlamente der vergangenen Jahre vorgelegt wurden.

In der 9. Sitzung des Altenparlaments haben Sie sich erneut Themen zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt, die nach wie vor von aktueller Bedeu-

tung sind. So befasst sich das 9. Altenparlament mit dem „Wohnen im Alter“ und der „Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns“.

Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass auch vom 9. Altenparlament wichtige Impulse für die Politik und die Gesellschaft und das gemeinsame Zusammenleben ausgehen.

Sylvia Proch

Nachdenkliches aus dem „Eiskristall“

Beobachtungen und Erlebnisse im „Welcome-Café“ eines Schweriner Stadtteiltreffs

Seit September 2015 gibt es im Stadtteiltreff „Eiskristall“ für die drei Schweriner Stadtteile Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz – sie sind vorwiegend durch Plattenbauten aus DDR-Zeiten geprägt – einen Treffpunkt für Flüchtlinge und Einheimische zur gegenseitigen Kontaktaufnahme mit dem Ziel, in die deutsche Sprache und damit in die Kultur und Befindlichkeit der „neuen Heimat“ einzutauchen. Der Redakteur des LSB-Mitteilungsblatts Seniorenkurier, Dieter W. Angrick, moderiert dort eine lockere Gesprächsrunde zum Alltagsdeutsch unter dem Motto „Wie sagt man's richtig?“ In der Stadtteilzeitung Schweriner Turmblick tat er seine Gedanken kund:

Februar 2015. Vor zwölf Monaten hätte kaum jemand voraussagen können, wie sich das Jahr seinem Ende zuneigen würde. Auch nach Schwerin kamen Menschen in tiefer Not, geflüchtet oder vertrieben aus ihrer Heimat fernab unserer Region, traumatisiert durch Krieg und Verbrechen. Hilfe den Ankommenden zu bieten versteht sich da von selbst. In der Landeshauptstadt öffnete an einem Montag im September das erste Welcome-Café, und zwar im Stadtteiltreff „Eiskristall“ am Berliner Platz: Willkommen. Jeden Montag von 15 bis 18 Uhr. In-

zwischen laden weitere Cafés dieser Art ein, verstreut über das Stadtgebiet und die Wochentage.

Ich erinnere mich: Unsicher, fast schüchtern standen am „Eiskristall“ die ersten Besucher vor dem Eingang: meist junge Männer, auch einige ältere, ein paar Frauen. „Guten Tag – Salam.“ Es kamen jedes Mal mehr – manchmal bis zu 50 Personen, ein anderes Mal weniger. Das Wichtigste: Sprechen, Kennenlernen, Eindringen in eine neue, andere Welt der Lebensweise, der Kultur, der Befindlichkeiten. Mühsam die ersten Schritte, aber es waren Helfer da: Schweriner, die ehrenamtlich die ersten Schritte der Ankommenden erleichtern wollen – bei Behördengängen, beim Einkaufen, vor allem beim Deutschlernen.

Natürlich tun sich Kontraste auf: Patriarchale Strukturen treffen auf freizügige, offene Lebensweise. Unterschiedliche Bräuche, Gepflogenheiten und Traditionen sind zu respektieren, andererseits müssen unsere hier geltenden Regeln und Gesetze eingehalten werden. Ihren Beitrag dazu wollen die Welcome-Cafés leisten. Ausgrenzung und Benachteiligung „setzen ein P vor“, wie der Mecklenburger sagt. Das archaische Welt- und Familienbild erweist sich natürlich als eines der größten Integrationsprobleme, und sei-

ne Lösung bleibt meist unauffällig. Doch es wird – zumindest im „Eiskristall“ – normal, wenn die ein Kopftuch tragende Muslima aus Halab (Aleppo) in Syrien neben der stolz ihre offenen langen Haare zeigenden jungen Ukrainerin aus dem Donbass sitzt – beide bemühen sich angestrengt um das Deutsch, „wie man es auf der Straße spricht“. Die Lütte aus der dritten Klasse übt sich als Dolmetscherin für ihre Eltern, die noch oft ratlos gucken und zuhören. Der Junge aus der achten Klasse der Astrid-Lindgren-Schule ist da schon besser im Übersetzen.

Ein Mann berichtet von seiner abenteuerlichen Flucht über den Libanon, Ägypten, das Mittelmeer, Griechenland nach Mitteleuropa und endlich nach Deutschland; seine Frau mit den beiden Kindern floh über Bahrain nach Indien und wartet dort auf ein Visum nach Deutschland – Familienzusammenführung. Eine Muslima meint: „Ja, in der Öffentlichkeit hat mein Mann das Sagen, aber zu Hause muss er sich nach mir richten!“ Eine Vielzahl von Schicksalen tut sich auf, denen man nur mit Mühe folgen kann. Friedliche, pluralistische Demokratie – darauf können und wollen wir stolz sein. Welcome, Willkommen ist deshalb angezeigt. Integration gelingt innerhalb von Respekt und Toleranz – auf beiden Seiten! ■

Berliner Erklärung zum Alter

der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landessenorenvertretungen vom 19. und 20. Oktober 2015



1. Generationsübergreifende Zusammenarbeit – Lasst uns enger und umfassender gemeinsam die gesellschaftliche Entwicklung gestalten

Die Entwicklung und Förderung von sozialen Netzwerken unter Älteren und generationsübergreifend mit Jüngeren, z. B. Nachbarschaftshilfe, Patenschaften, Zusammenarbeit in Mehrgenerationenhäusern u.a. sind zu erweitern. Unser Ziel ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Generationen im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements wechselseitig unterstützen und eine aktive Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben sichern.

Dazu sind auch grundlegende Reformen von Strukturen und Prozessen in den Regionen, besonders im ländlichen Raum, erforderlich. Dabei ist, ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen, die notwendige Daseinsvorsorge aller Bevölkerungsgruppen, besonders auch der sozial benachteiligten Gruppen, regional differenziert zu gestalten.

Hierzu ist die generationenübergreifende Solidarität zu fördern und neue nachhaltige Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung sind zu konzipieren. Soziale Innovationen im Bereich des aktiven Alterns und der Förderung von Synergieeffekten zwischen den Generationen lassen neue Dienstleistungsangebote, auch mit neuen Arbeitsplätzen, erwarten. Dazu sind noch mehr besonders jüngere Ältere für die nachgefragte eh-

renamtliche Tätigkeit zu gewinnen, durch fördernde Rahmenbedingungen zu unterstützen und öffentlich zu würdigen.

2. Ältere denken auch an morgen und die nachfolgenden Generationen – Mehr demokratische Mitwirkung von Jüngeren und Älteren

Erforderlich ist eine neue Kultur des Alterns und des Alters auf der Grundlage eines positiven anstelle des verbreiteten defizitären Altersbildes.

Der Anspruch der Älteren (65+) als größte und wachsende Bevölkerungsgruppe auf mehr demokratische Mitbestimmung bei relevanten, insbesondere Ältere betreffende Entscheidungen, ist die zentrale Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Wir Älteren sind mitverantwortlich für unsere Lebenschancen und die der nachfolgenden Generationen. Dazu leisten wir bereits umfangreiche und vielfältige Unterstützung für Jugendliche.

3. Bildung für Ältere und generationsübergreifend mit Jüngeren

Das Memorandum „Lebenslanges Lernen“ formuliert sechs Grundbotschaften (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2000, S. 4f):

- Gewährleistung eines ständigen und umfassenden Zugangs zum Lernen,
- Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen,
- Entwicklung effektiver Lehr- und Lernmaßnahmen für lebenslanges Lernen,
- Verbesserung der Methoden zur Bewertung von Lernbeteiligungen und Lernerfolg,

- Gewährleistung von hochwertigen Informations- und Beratungsangeboten über Lernmöglichkeiten

- Schaffung von wohnortnahen Möglichkeiten für lebenslanges Lernen.

Attraktive Angebote und Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sind notwendig, um die Anforderungen des technischen und sozialen Wandels zu bewältigen. Dabei sind im Rahmen des lebenslangen Lernens die Chancen des intergenerativen Lernens zu gestalten und zu nutzen. Angebote der Hochschulen und Universitäten sollten hierzu genutzt werden und vor allem im ländlichen Raum die Möglichkeiten von Livestream-Übertragungen eingeführt und genutzt werden.

4. Bürgerschaftliches Engagement der Älteren

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich auf vielfältige Weise. Wichtig ist, dieses Engagement in die Öffentlichkeit zu bringen und miteinander zu vernetzen. Engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sollen ihre Projekte und Initiativen und ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landessenorenvertretungen hat sich zum Ziel gesetzt, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln und zu stärken. Bürgerschaftliches Engagement braucht die enge Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Trägern. Es sollte mehr Anerkennung und Würdigung sowie auch finanzielle Ausgleich erhalten.

5. Flexibilisierung der Altersgrenzen für die berufliche Tätigkeit und

Erweiterung flexibler altersgerechter Arbeitsmöglichkeiten

Gegenwärtig bestehen noch zu wenig altersgerechte Arbeitsplätze mit flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten wie z. B. hinsichtlich der Arbeitszeiten und -inhalte. Die Zahl der Beschäftigten vor dem gegenwärtigen Rentenalter in den Unternehmen ist noch gering.

Rentner sollen künftig länger arbeiten dürfen – wenn sie wollen und können. Hierfür hat die Koalition der Bundesregierung sich auf eine so genannte Flexi-Rente geeinigt. Sie soll Ruheständlern die Möglichkeit geben, auch nach Beginn der Altersrente dazuzuverdienen.

Nachdrücklich möchten wir betonen, dass von Arbeitgebern und Politikern erwartet wird, mehr al-

tersgerechte Arbeitsplätze und flexible Übergangsmöglichkeiten in die nachberufliche Tätigkeit zu schaffen. Notwendig sind Arbeitsplätze, mit denen Ältere gesund länger arbeiten können und zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben schrittweise aussteigen können. Erforderlich ist eine Altersversorgung, die vor Armut schützt und eine faire Anerkennung der Lebensleistung sichert.

6. Bedarfsgerechtes und selbstbestimmtes Leben und Wohnen

Altersgerechtes Leben und Wohnen muss stärker auf die individuellen Bedürfnisse im Alter, z. B. Barrierefreiheit, altersgerechte Wohnumweltgestaltung u. a., gerichtet werden. Die Sicherung geeigneter und bezahlba-

rer Wohnungen im vertrauten sozialen Umfeld ist zu gewährleisten. Die Kommunen sind finanziell und personell stärker in die Lage zu versetzen, die Älteren als größte Bevölkerungsgruppe insbesondere mit intergenerativen Angeboten, wie Mehrgenerationenhäuser, vor Ort zu gestalten und zu unterstützen.

Wir benötigen mehr generationengerechte lokale Wohnangebote möglichst im vertrauten Umfeld und bedarfsorientierte bezahlbare Betreuungsangebote. Notwendig sind nachhaltige Infrastrukturen, die diese gemeinsamen Lebensformen fördern und die gegenwärtige Separierung und Diskriminierung Älterer in allen Lebensbereichen reduzieren. Jüngere und Ältere wollen gemeinsam glücklich leben. ■

Gesichter der Armut in unserem Land

Wanderausstellung der AWO mit Bildern des Fotografikers Bernd Lasdin begann in Schwerin

Wie im „Seniorenkurier“ 4/2015 berichtet, hat ein Forschungsprojekt der AWO-MV ergeben, dass in Mecklenburg-Vorpommern jeder vierte Einwohner, gemessen am bundesdeutschen Durchschnittseinkommen, als arm gilt. Um dieser Tatsache Zeugnis zu tragen und der Armut ein Gesicht zu geben, sie greifbar und somit begreifbar werden zu lassen, ist eine Wanderausstellung als Begleitprojekt zum AWO-Forschungsbericht „Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern“ entstanden. Zur Realisierung wurde Bernd Lasdin, Fotografiker aus Neubrandenburg, gewonnen. Es ist eine ausdrucksstarke Bildserie entstanden, die nun als Wanderausstellung im Land öffentlich zugänglich gemacht werden soll. Rudolf Borchert, Landesvorsitzender der AWO und Initiator der Ausstellung, eröffnete gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow im Beisein zahlreicher Gäste, aber auch Betroffener diese Mitte Febru-

ar im Stadthaus Schwerin. Die Fotoausstellung zeigt 30 Personen und Familien aus unterschiedlichen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern, die in Armut leben. Mit dieser Ausstellung will die Arbeiterwohlfahrt in Mecklenburg-Vorpommern die Ergebnisse des Forschungsberichts ergänzen. Sie soll dazu beitragen, dass Armut als eine zentrale Herausforderung von Gesellschaft und Politik verstanden wird. Denn auch für unser Land gilt, je weiter die Verarmung und damit die Ausgrenzung breiter Teile der Bevölkerung von gesellschaftlicher Teilhabe voranschreitet, umso stärker sind der soziale Zusammenhalt und letztlich auch die Demokratie gefährdet.

Die Fotografien sind Dokumente aus dem Leben in relativer Armut und ermöglichen den Betrachtern einen Einblick in individuelle Lebenssituationen. Sie zeigen die Menschen in ihrer Wohnung, offenbaren einen Ausschnitt ihrer Einrichtung, stellen ihre

Kinder, Partner und Haustiere vor. Die Porträtierten haben ihr Originalbild mit einem kurzen und sehr persönlichen Text selbst kommentiert. Auch oder gerade trotz der scheinbaren Ausweglosigkeit sprechen die Bilder eine starke Sprache und geben die Vielfalt von Armut und deren Auswirkung wieder. Sie zeigen Typisches und Individuelles aus den Lebenssituationen dieser Menschen. In der Stadt Schwerin sind aktuell 3300 Kinder unter 15 Jahre von Armut betroffen, so Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow. Diese Kinder wachsen schon in Armut auf und haben damit von Anfang an schlechtere Bildungs- und Entwicklungschancen als andere Gleichaltrige.

Alle Gäste und Besucher dieser Ausstellung waren beeindruckt von der Aussagekraft der Fotos mit ihren Geschichten und wünschen sich eine tief gehende Auseinandersetzung

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

mit der Armut in unserem Land. Hier wurden auch wieder Forderungen nach einem Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung laut, um die Ursachen von Armut endlich zielgerichtet und mit geeigneten Mitteln

bekämpfen zu können. Der Arbeiterwohlstand in Mecklenburg-Vorpommern ist es gelungen, mit dieser Ausstellung auf die Lebenssituation jener Menschen aufmerksam zu machen, die abseits des Wohlstands leben, und im Zusammenhang mit dem AWO-Forschungsbericht das Thema

Armut stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Diese Wanderausstellung wird bis Ende März im Stadthaus Schwerin und anschließend in mehreren Orten des Landes zu sehen sein.

Bernd Rosenheinrich

Ein Armutszeugnis der Politik

Gedanken, die nicht nur mich umtreiben

Bei all den aktuellen tagespolitischen Ereignissen ist diese Meldung fast untergegangen: Die Leistungen für Grundsicherungsempfänger sollen ab 2016 um fünf Euro steigen. Diese Erhöhung auf 404 Euro im Monat betrifft nicht nur Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV), sondern auch die fast eine Million Rentner, deren Renten nicht ausreichen zum Leben. Deshalb beziehen sie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Man kann davon ausgehen, dass es auch mit 404 Euro im Monat schwer ist, über die Runden zu kommen. Das ist von der Politik so gewollt. Schließlich soll die Höhe von Grundsicherungsleistungen vor allem ein Ansporn sein, schnell wieder davon loszukommen und einer Arbeit nachzugehen. In der „sozialen Hängematte“ soll es nicht so bequem werden.

Niemand ist gern arm. Und wer so spricht, ignoriert die Realität. Besonders höhnisch klingen solche Sätze für einen großen Teil der Leistungsempfänger, die keine Chance haben, ihre eigene finanzielle Situation jemals wieder zu verbessern. Ich denke besonders an die älteren Langzeitarbeitslosen, die aufgrund ihres Alters und oftmals wegen einer Schwerbehinderung vom Arbeitsmarkt abgehängt worden sind. Oder an die Rentner, die nicht mehr arbeiten können und mit ihrer erwirtschafteten Rente unter der Armutsgrenze liegen. Allen ist gemeinsam, dass sie zudem oft erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen haben. Viele sind dazu noch in ihrer Mobilität eingeschränkt und leben in völliger Isolation.

Die Regelsätze der Grundsicherung, so das Bundesverfassungsgericht, sollen im-

mer eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Bei diesen Menschen ist das aber definitiv nicht der Fall. Dazu noch ein Beispiel: Viele Medikamente und Hilfsmittel, auf die gerade Ältere sehr oft angewiesen sind, werden von den Krankenkassen nicht bezahlt. Und das auch nicht für Grundsicherungsempfänger. Um sich das Notwendigste leisten zu können, müssen sie an anderer Stelle sparen. Sehr oft bei Lebensmitteln, aber auch bei Strom oder der Heizung im Winter. Die Lösung kann und darf nicht die Tafel sein, die einspringt, um Fürsorgeaufgaben des Staates zu übernehmen. Für die Armen ist diese Situation demütigend, doch für den Sozialstaat ein wirklich echtes Armutszeugnis.

Siegfried Schwinn

Vorsitzender des

Seniorenbeirats Schwerin

Aus der Geschäftsstelle des Landessenorenbeirats

Arbeitsberatungen im zweiten Quartal 2016:

5. April, 3. Mai und 7. Juni

Regionalkonferenzen:

2. März in Torgelow,
23. März in Schwerin

Messe 50+:

1. bis 3. April in Schwerin,

AG Seniorensicherheit:

30. März

*Wenn man jemandem auf Augenhöhe begegnet,
passt es nicht, ihm mit der Trompete ins Gesicht zu blasen.*

Florian Harms, Chefredakteur von „Spiegel online“

INFORMATIONEN DER BAGSO:

Dokumentation Seniorentag 2015

Die ausführliche Dokumentation zum 11. Deutschen Seniorentag „Gemeinsam in die Zukunft!“, der vom 2. bis 4. Juli 2015 in Frankfurt am Main stattfand, ist erschienen. Die rund 320 Seiten geben einen umfangreichen Rückblick auf die drei Veranstaltungstage und enthalten eine Zusammenstellung aller Reden der

Eröffnungsveranstaltung, Zusammenfassungen der Podiumsdiskussionen sowie Kurzberichte zu den Veranstaltungsreihen und Einzelveranstaltungen.

Die 36-seitige Bilddokumentation des Senientages belegt das abwechslungsreiche Programm, das



von Informationen über Diskussionen bis hin zu Mitmach-Angeboten reichte und lässt die drei Veranstaltungstage in Frankfurt am Main wieder aufleben.

Die englische Dokumentation enthält auch einen vierseitigen Info-Teil zur BAGSO.

Projekt mit Blick auf MV

Im Projekt „Forum 65+“ werden die Ressourcen der Generation 65plus im ländlichen Raum erschlossen und aktiviert, mit dem Ziel einer aktiven Auseinandersetzung zu rassistischen und kulturellen Vorurteilen gegenüber Asylsuchenden. Gleich-

zeitig wird das „Forum 65plus“ als „Modellraum“ zur Entwicklung kreativer, zukunftsorientierter Lösungsansätze für die Region geschaffen.

Innerhalb dieses Modellraums werden zwei Schwerpunkte gesetzt: zum einen die Integration der Flüchtlin-

ge und Asylsuchenden und zum anderen die Zukunftsorientierung für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern durch Aktivierung der älteren Generation im intergenerativen Dialog.

Neues Bundesprogramm

Ziel des neuen Bundesprogramms „Menschen stärken Menschen“ ist es, Patenschaften zwischen geflüchteten und hier lebenden Menschen zu fördern und zu unterstützen. Für die

unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sollen über die Patenschaften hinaus Gastfamilien und Vormundschaften gewonnen werden. Insgesamt stehen für das Programm Mittel

in Höhe von zehn Millionen Euro zur Verfügung. Der weitaus größte Teil des Geldes kommt dem Aufbau, der Qualifizierung und der Begleitung der Paten-Tandems zugute.

Landkarte der Barrieren

Mit konkreten Forderungen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen richtet sich der VdK 2016 mit seiner Kampagne an die politisch Verantwortlichen

in Bund, Ländern und Kommunen. Herzstück der Kampagne ist die „Landkarte der Barrieren“. Mitmachen ist einfach: Wer eine Barriere entdeckt, trägt sie auf

www.weg-mit-den-barrieren.de ein. Der VdK wird besonders ärgerliche Barrieren öffentlich machen und bei den Verantwortlichen nachhaken.

Lokale Allianzen

Im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend startete Anfang des Jahres die fünfte und voraussichtlich auch

abschließende Förderwelle. Ziel ist es, bis Ende 2016 die Zahl der Lokalen Allianzen auf bis zu 500 ansteigen zu lassen. Gefragt sind hierfür Mehrgenerationenhäuser, Vereine, Organisationen, Kirchengemeinden, Ärzte, kulturelle

Einrichtungen und Kommunen, die mit bis zu 10.000 Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren den Auf- oder Ausbau regionaler Netzwerke für demenziell Erkrankte und ihre Angehörigen schaffen und unterstützen wollen.

INFORMATIONEN DER BAGSO:

Handreichung der BAGSO

Aus dem Projekt „Soziale Netzwerke als Chance für Seniorenorganisationen“ ist eine Handreichung entstanden, die die BAGSO gemeinsam mit einigen Verbänden entwickelt hat. Sie

enthält Tipps zur Erstellung und Nutzung von Facebook-Seiten und gibt viele Anregungen zum Thema „Soziale Netzwerke“. Sie steht als Download auf der BAGSO-Homepage zur Verfügung

und kann zusätzlich in der BAGSO-Geschäftsstelle in 53111 Bonn, Bonngasse 10 bestellt werden; Tel: 0228 – 24 99 93 28; Fax: 0228 – 24 99 93 20; E-Mail: aktuell@bagso.de; www.bagso.de

Neue Daten

Eine neue Studie des Bundesfamilienministeriums hat die Kooperation der Haupt- und Ehrenamtlichen untersucht und Beteiligte aus den

Bereichen des Ehrenamts in Sport, Pflege und Kultur befragt. Die Tagung soll über die neuen Daten, Erkenntnisse und über den erarbeiteten Handlungsleitfaden der Studie informieren sowie einen Dialog mit Expertinnen und Experten von der Basis anstoßen.

ten Handlungsleitfaden der Studie informieren sowie einen Dialog mit Expertinnen und Experten von der Basis anstoßen.

Musik in Altenheimen

Auf einer Fachtagung wandte sich der Landesmusikrat Hamburg mit einer Vortragsreihe an Führungskräfte, die für die Rahmenbedingungen in Alteinrichtungen verantwortlich

sind, die es den Mitarbeitenden auch ermöglichen können, Musikelemente in den Alltag einfließen zu lassen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hörten Vorträge und Praxisberichte.

Durch eigenes Erleben sollten sie die positiven Wirkungen der Musikangebote erfahren und Hinweise erhalten, wie sich diese Projekte in die Tat umsetzen und finanzieren lassen.

Zukunftstag Altenpflege

Im Rahmen der Altenpflege findet im März in Hannover ein dreitägiger Kongress statt. Ziel ist es, die Kräfte aus den Bereichen Pflege, Pflegemanagement, Wirtschaft, Politik und Forschung zusammenzubringen, um die mit dem demografischen Wandel verbundenen Aufgaben der Langzeitpflege über-

zeugend und nachhaltig zu lösen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwarten Vorträge von hochkarätigen Experten und Workshops mit hohem Praxisnutzen. Sie können mit über 70 Referenten in 65 Vorträgen und Workshops diskutieren.

Zum Deutschen Pflgetag 2016 in diesem Monat in Berlin werden mehr

als 8.000 Besucherinnen und Besucher erwartet: Zahlreiche Experten, Entscheider und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Pflege und Gesellschaft werden über die Zukunft der Pflege diskutieren. Es wird ein abwechslungsreiches Vortragsprogramm und eine Fachaussstellung geben.

Online-Lobbyhandbuch „Menschenrechte für ältere Personen“

Das neue Handbuch der AGE Platform Europe versteht sich als Wegweiser durch die internationalen Bemühungen zur Stärkung der Rechte älterer Menschen und erläutert den aktuellen Diskussions-

stand. Das Handbuch ist bisher nur in englischer Online-Fassung erhältlich. Die ersten beiden Kapitel „What are human rights?“ und „How does the UN provide for older people's rights?“, werden 2016/2017 um zwei

weitere Kapitel „How does the Council of Europe provide for older people's rights?“ und „How does the European Union provide for older people's rights?“ ergänzt.

Ministerin übergab Ehrenamtdiplome

In diesem Jahr fanden in unserem Bundesland sechs Ehrenamtmessen statt

Ministerpräsident Erwin Sellering und Sozialministerin Birgit Hesse vergaben kürzlich Ehrenamtdiplome an freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger. Dies geschah bei der Auftaktveranstaltung der diesjährigen EhrenamtMessen in Schwerin. Ausgezeichnet wurden acht ehrenamtlich Aktive, die sich mit ihrer Arbeit im Deutschen Seniorenring, im Netzwerk Freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern, im Deutschen Roten Kreuz oder im Sozialverband VdK Mecklenburg-Vorpommern um ihre Mitmenschen verdient gemacht haben. „Das Engagement der Ausgezeichneten ist ein Beispiel für den Einsatz des Einzelnen in der Gesellschaft“, so die Ministerin. „Sie stehen für viele tausend Menschen im Land, die sich in Vereinen, Verbänden und Initiativen einbringen, ihre Zeit opfern und Gutes tun. Ihnen allen danke ich für ihr tolles Engagement.“

Bereits seit 2008 werden die Messen in Norddeutschland veranstaltet. In diesem Jahr sind es in unserem Bundesland sechs. Nach Schwerin, Rostock, Greifswald, Wismar und Stralsund bildet Stavenhagen am 19. März den Abschluss. ■



EHRENAMT - helfende Hände

Zeit schenken und gewinnen

Wir suchen Menschen wie Sie,
die sich gerne unterhalten und zuhören können,
die gerne spazieren gehen,
die über ihre Hobbys berichten oder zeigen wollen,
die singen und musizieren,
die einen Literaturnachmittag gestalten.

Ziel Ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ist es, den Alltag der Menschen zu bereichern, die teilweise nur eingeschränkt am Leben teilnehmen können.

Wer hat Zeit und Spaß daran?

Melden Sie sich einfach bei uns!

Frau Kurpiela
Sozialarbeiterin Haus 1
Telefon 0385 / 20 10 10 414

*In guten Händen
älter werden.*

Pflegeheim Wohnpark Zippendorf GmbH & Co. KG
Alte Dorfstraße 45 · 19063 Schwerin
Tel. 0385 / 20 10 10 0 · Fax 0385 / 20 10 10 811
E-Mail: info@wohnpark-zippendorf.de
Internet: www.wohnpark-zippendorf.de



Wohnpark Zippendorf

Arbeitslosigkeit gesunken – Beschäftigung steigt

Landesregierung arbeitet eng mit den Kommunen zusammen und bezieht Flüchtlinge mit ein

Arbeitsministerin Birgit Hesse hat eine positive Bilanz der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 2015 gezogen. „Im Jahresdurchschnitt gab es in Mecklenburg-Vorpommern 7,5 % weniger Arbeitslose als 2014, das sind fast 7.000 Arbeitslose weniger“, sagte sie. „Erfreulich ist, dass von dem Rückgang der Arbeitslosigkeit alle Altersgruppen profitiert haben. Sowohl bei den Jungen, der mittleren Altersgruppe der 25- bis 55-Jährigen, als auch bei den über 55-Jährigen ist der Rückgang deutlich zu spüren. Eben-

so ist die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung bei den Langzeitarbeitslosen gesunken. Hier ist ein Rückgang um fast zehn Prozent zu verzeichnen.“ Gleichzeitig stünden Land, Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit vor der großen Aufgabe, die in Mecklenburg-Vorpommern bleibenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird, aber ich weise auch darauf hin, dass Integration alle Lebensbereiche betrifft. Die Landesregierung

hat sich dazu gut aufgestellt und arbeitet mit der kommunalen Ebene an einem Arbeitspapier Integration.“ Ministerin Hesse machte gleichzeitig deutlich, dass das Land auch im Jahr 2016 weiter das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen werde. Zum 1. Januar startete das Integrationsprojekt „Mittendrin LUP“ der ibu (Institut für Berufsbildung und Umschulung GmbH). Bis zum 30. Juni 2017 werden

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

insgesamt 120 Langzeitarbeitslose aus dem Raum Neustadt-Glewe / Parchim (im Landkreis Ludwigslust-Parchim) bei der schrittweisen Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt. Die Besonderheit ist die Förderung älterer Langzeitarbeitsloser. Das Projekt wird gemeinsam vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales (aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds) sowie vom Jobcenter Ludwigslust-Parchim finanziert. Das Familiencoachprojekt „FC Sternberg“ der Güstrower Bildungshaus GmbH begann ebenfalls zum 1. Januar. Bis zum 31. Dezember 2017 werden insgesamt 120 Familien – langzeitarbeitslose Frauen und Männer sowie deren Kinder – aus dem Raum zwischen Crivitz und Sternberg bei der schrittweisen Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt. Die Besonderheit des Projektes liegt im Angebot von Beratungs- und Hilfeangeboten auch in kleinen Gemeinden dieses Raumes.

Beim Familiencoachprojekt „FC Hagenow – Aktiv gemeinsam zurück ins Arbeitsleben“ des BilSE-Instituts für Bildung und Forschung werden seit dem 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt 30 Familien – langzeitar-

beitslose Frauen und Männer sowie deren Kinder – aus Hagenow und Umgebung unterstützt. Das Kleinprojekt „UBI Unterstützung und Begleitung bei der Integration in die Gesellschaft“ des Perspektive Deutschland e.V. begann zum 1. Dezember 2015 und läuft ein Jahr lang. In den Stadtteilen Mueßer Holz und Neu Zippendorf der Landeshauptstadt werden zehn ehrenamtlich engagierte Einheimische Schweriner Neubürgerinnen und Neubürger – insbesondere geflüchtete Menschen – bei der sozialen und gesellschaftlichen Integration unterstützen.

Das Projekt „PIA plus – Perspektive in Arbeit“ der Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e. V. läuft seit dem 1. August 2015 bis zum 31. Juli 2016. Es handelt sich um ein Integrationsprojekt, das gemeinsam mit dem Jobcenter MSE Nord umgesetzt und finanziert wird. Zwei Mitarbeiterinnen, eine Sozialpädagogin und eine fachliche Anleiterin, setzen das Projekt um, zusätzlich begleitet von einer Psychologin aufgrund der spezifischen Problemlagen.

Eine Projektbesonderheit besteht in der Einbeziehung der folgenden zwei Zielgruppen, mit unterschiedlichem konzeptionellen Ansatz und abweichender inhaltlicher Schwerpunktset-

zung: Erstens der beruflichen Integration von Langzeitarbeitslosen mit dem Schwerpunkt psychischer und/oder gesundheitlicher Einschränkungen. Nach sechs Monaten Projektlaufzeit konnten etwa 40 Teilnehmende unterstützt werden. Neben dem Jobcenter gehören zu den wichtigsten Kooperationspartnern die Wohnungsgesellschaften, die Neubrandenburger Stadtwerke, das Gesundheitsamt, die Caritas, der ASB, die AOK sowie gesetzlich bestellte Betreuer. Für die Zielgruppe der Flüchtlinge gehören insbesondere die Ausländerbehörde, das Sozialamt, die Schulen, die Volkshochschule, Genres e. V. und die verschiedenen Ärzte zu den wichtigsten Kooperationspartnern.

Schließlich „Familiencoach Altkreis Güstrow“ des Trägers Güstrower Bildungshaus Das Projekt arbeitet in einer besonders ländlichen Region und zeichnet sich durch eine sehr aktive Begleitung der Alleinerziehenden und Familien durch die Familiencoaches aus. 60 Familien sollen im Jahresdurchschnitt betreut werden, wobei beabsichtigt ist, mindestens 20 Prozent der Teilnehmenden in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit oder in eine Ausbildung zu vermitteln. Schwerpunkte sind Güstrow, Teterow / Gnoien und Bützow. ■

Unser Bundesland liegt weit vorn

Erstmals umfassendes Datenmaterial über Krebsbehandlungen veröffentlicht

Erstmals liegen für Mecklenburg-Vorpommern umfangreiche Daten über Krebserkrankungen vor. Sozialministerin Birgit Hesse hob die Bedeutung der Dokumentation hervor: „Durch die Datenerhebung und Auswertung werden Diagnosen und Therapien künftig besser vergleichbar sein und die Behandlungsqualität erhöht werden können. Das ist wichtig für die behandelnden Ärzte und die Patientinnen und Patienten.“ Mit dem Bericht bewiese MV seine deutschlandweit starke Stellung in der Krebsregistrierung. Das Klinische Krebsregistergesetz Mecklenburg-Vor-

pommern ermöglicht erstmalig eine landesweite Auswertung über die Behandlungsmethoden, den Verlauf und die Nachsorge von Tumorerkrankungen von 2008 bis 2012.

„Dieser Bericht ist das Ergebnis einer intensiven, gemeinsamen Arbeit der regionalen Klinischen Krebsregister in Rostock, Greifswald, Schwerin und Neubrandenburg, dem Zentralen Klinischen Krebsregister (ZKKR) sowie der Unabhängigen Treuhandstelle des Zentralen Klinischen Krebsregisters“, macht Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann, Leiter des ZKKR, deutlich.

Die Zusammenführung der Daten war die Voraussetzung für eine landesweite Auswertung der Häufigkeiten, der Behandlung und der Überlebenszeiten von bösartigen Neubildungen u. a. der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens, der Speiseröhre, des Magens, der Lunge, der Brustdrüse und der Prostata. Die Fünf-Jahres-Überlebenswahrscheinlichkeit für Krebs lag von 2008 bis 2012 bei Männern bei etwas über 50, bei Frauen sogar bei annähernd 60 Prozent. In den kommenden Jahren wird es zu weiteren Strukturveränderungen der Krebsregistrierung kommen. ■

Wir tragen auch weiterhin Verantwortung

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag

Auf Einladung der Landtagspräsidentin fand in der Landeshauptstadt am 26. Januar eine Gedenkveranstaltung in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz statt. Bundespräsident Roman Herzog hatte diesen Tag vor 20 Jahren zum Gedenktag in allen Bundesländern erklärt. Seit 2005 ist dieser Tag – auf der Grundlage einer Entscheidung der Vereinten Nationen – auch internationaler Holocaust-Gedenktag. Gerade an diesem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, so Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, aber auch an jedem anderen Gedenktag, sollten wir uns im-

mer wieder bewusst machen: Wir tragen zwar keine Schuld, aber wir tragen Verantwortung. Es ist notwendig, sich die grausamen Verbrechen des Nationalsozialismus immer wieder vor Augen zu führen. Ebenso notwendig ist es, sich die Folgen von Rassismus und Totalitarismus bewusst zu machen, die Anfänge zu erkennen und ihrer zu wehren. Wir sind eine wehrhafte Demokratie. Es ist notwendig, dass wir für die Werte unserer Demokratie eintreten, sie verteidigen und entschlossen denjenigen entgegen treten, die diese Werte negieren, die sie abschaffen wollen und sie mit Füßen treten. In diesem Sin-

ne werde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Einschließen in die Gedanken – gerade heute – sollte man die Opfer von Krieg, Terror und Gewalt.

Lizzie Doron, Schriftstellerin aus Israel, deren Mutter die Shoa überlebte, berichtete tief zu Herzen gehend davon, wie das Leben der Mutter auch ihr eigenes, nachgeborenes Leben geprägt hätte. „Meine Mutter war mutig“, sagte sie. „Wer Auschwitz überlebt hat, war stark, war mutig.“ Wir alle sind den Überlebenden etwas schuldig. Auch wenn wir keine Schuld tragen, so tragen wir doch Verantwortung.

Siegfried Schwinn

Jetzt muss gehandelt werden!

Landtagsfraktionen diskutierten den Sozialbericht über die Situation der Pflegeberufe

Ob Bezahlung, Arbeitsbedingungen oder Image – die Pflegeberufe in MV sollten dringend aufgewertet werden, nicht zuletzt, um einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Sozialbericht, den die Landesregierung zur Situation der Pflegeberufe in Auftrag gegeben hatte. Mitte Dezember befasste sich der Landtag in einer Aussprache mit der Analyse. Einigkeit herrschte in allen Fraktionen darüber, dass gehandelt werden müsse. Bei der Frage nach dem Wie gingen die Meinungen jedoch auseinander. Die *LandtagsNachrichten* berichteten darüber ausführlich in ihrer Ausgabe 1/2016.

Sozialministerin Birgit Hesse betonte: „Die Pflege gehört zu den wichtigsten Zukunftsthemen in Mecklenburg-Vorpommern“ und der Bericht sei eine gute Grundlage, Lösungsansätze zu diskutieren. Er habe einmal mehr gezeigt, dass das Berufsbild deutlich aufgewertet werden müsse. Das Gute am Sozialbericht sei, „dass er endlich vorliegt“, so Karen Stamm von den Linken. Dass der Bedarf an Pflegekräften steige und

die Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung aufgewertet werden müsse, sei nichts Neues. „Für Erkenntnisse dieser Qualität hätte es keines externen wissenschaftlichen Beratungsinstituts bedurft“, zumal sich die Enquete-Kommission nahezu zeitgleich mit dem Thema Pflege beschäftigt habe.

Wert zu wissen

Mecklenburg-Vorpommern besteht aus insgesamt 753 politisch selbstständigen Städten und Gemeinden. Diese unterteilen sich folgendermaßen: 84 Städte (darunter die beiden kreisfreien Städte Rostock und Schwerin); 28 sonstige amtsfreie Städte; 54 sonstige amtsangehörige Städte; 669 sonstige Gemeinden, darunter zehn amtsfreie Gemeinden; 659 amtsangehörige Gemeinden; 54 Städte und 659 Gemeinden haben sich zur Erledigung ihrer Verwaltungsgeschäfte zu 76 Ämtern zusammengeschlossen. ■

Sozialberichte zu ausgewählten Themen seien Teil der Koalitionsvereinbarung, verteidigte Maika Friemann-Jennert (CDU) die Analyse. Die Zahlen darin seien „sehr aussagekräftig“, manche Handlungsempfehlungen jedoch aufgrund paralleler Expertisen für die Enquete-Kommission „schon überholt“. Ähnlich wie Karen Stramm wunderte sich auch Silke Gajek von den Grünen darüber, dass der Sozialbericht so lange habe auf sich warten lassen. „Viele Sachen, die da drin stehen, haben wir bereits in der Enquete-Kommission erfahren.“ Anders als die Linken halte ihre Fraktion eine Pflegekammer jedoch für einen unverzichtbaren Baustein, um die Situation für die Beschäftigten aufzuwerten.

Jörg Heydorn (SPD) verteidigte den Sozialbericht gegen die Kritik der Linken. Er sei alles andere als überflüssig, allein schon aufgrund seiner methodischen Herangehensweise. Anders als in den Gutachten für die Enquete-Kommission stehe hier die Befragung der Akteure im Mittelpunkt. ■

Untersuchungen in europäischem Rahmen

Rostocker Zentrum treibt praxisnahe Forschung zum demografischen Wandel voran

In der Hansestadt gibt es seit dem 1. Oktober 2004 das Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels. Gegründet wurde es in gemeinsamer Initiative des ebenfalls hier ansässigen Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und der Universität Rostock. Wissenschaftler aus aller Welt, ein Team von rund 40 Forschern beider Institute, beschäftigen sich mit den Ursachen und Konsequenzen des demografischen Wandels nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Das Zentrum „verbindet international renommierte Grundlagenforschung mit angewandter Interdisziplinarität“, heißt es auf der Homepage im Internet. Demografisches, volkswirtschaftliches, soziologisches und statistisches Wissen werde zusammenge-

führt, „um praxisnahe Forschung zum demografischen Wandel voranzutreiben“. Es gibt neun interdisziplinäre Forschungsbereiche, zu denen u. a. der Arbeitsmarkt und das Finanzsystem mit Blick auf den demografischen Wandel gehören sowie der Blick auf die Historie, außerdem der Komplex Sterblichkeit und Gesundheit.

Leiter des Zentrums sind als Geschäftsführerin Prof. Dr. Gabriele Doblhammer-Reiter vom Lehrstuhl für Empirische Sozialforschung und Demografie am Institut für Soziologie und Demografie an der Universität sowie Prof. Dr. James W. Vaupel, Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts und Leiter des Arbeitsbereichs Altern und Langlebigkeit. Letztgenannter studierte Mathematik und Statistik und promovierte

in Politikwissenschaften an der Harvard-Universität in Cambridge (Massachusetts, USA). Als führender Wissenschaftler in der Altersforschung hat er die neue Theorie der „Plastizität des Alterns“ mitentwickelt und geprägt.

Zu den Publikationen des Zentrums gehören Diskussionspapiere, Monografien, Sammelbände, Broschüren und der vierteljährlich erscheinende Newsletter „Demografische Forschung aus Erster Hand“. In einer der jüngsten Informationen teilte das Max-Planck-Institut Anfang Dezember mit: „Körperlicher Verfall durch Alterung gilt nicht für alle Lebewesen. Das beweist ein einmaliges Langzeitexperiment am Süßwasserpolyphen Hydra.“

ric

Wegeketten zwischen den Gemeinden entstehen

Mobilität im ländlichen Raum: INMOD-Nachfolgeprojekt geht an den Start

Aus dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung erfahren wir:

Die Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern steht vor einem Strategiewechsel. Neben den demografischen Entwicklungen in einem dünn besiedelten Flächenland, dessen Bevölkerung altert und abnimmt, stellen zurückgehende Finanzmittel für die Verkehrsinfrastruktur alle Verantwortlichen vor große Herausforderungen. Für die Mobilität in den besonders dünn besiedelten ländlichen Räumen sind integrierte und regional angepasste Gesamtkonzepte erforderlich. Dabei kommt auch der so genannten Wegekette, der Verbindung von öffentlichem Verkehr und Fahrrad, eine wichtige Rolle zu. Um hier die Angebote besser zu vernetzen, wurde das Projekt INMOD initiiert; es wurde durch das Bundesverkehrsministerium und das Infrastrukturminis-

terium finanziert.

Innerhalb des Projekts führen Busse regelmäßig auf Haupttrassen zu mittleren und größeren Orten. Aus kleineren Orten gelangten die Nutzer mit Hilfe eines Elektrofahrrads, das ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, zu den Bushaltestellen. Nach positivem Abschluss des wissenschaftlich orientierten Versuchs erfolgt nun mit Förderung des Infrastrukturministeriums eine praxisorientierte Fort- und Umsetzung der Ergebnisse in der Verantwortung kleiner Gemeinden. Auch dieses Projekt mit dem Titel „Unterstützung von Wegeketten gemeindlicher Mobilität mittels Pedelec“ wird – wie zuvor INMOD – von der Hochschule Wismar betreut.

Für das Projekt konnten vier strukturell unterschiedliche Gemeinden bzw. Gemeindeverbände gewonnen werden: Hohenkirchen sowie Rosenow, Briggow und Mölln im Amt Stavenhagen,

die Gemeinde Ostseebad Insel Poel und die Stadt Loitz. In den Gemeinden werden unter Verwendung der aus dem Projekt vorhandenen Einstellboxen, Technik, Pedelegs und – ganz wesentlich – von Erkenntnissen des INMOD-Projekts die Voraussetzungen für gemeindliche Mobilität in Kombination mit dem öffentlichen Verkehr verbessert und das Nutzerverhalten der Bürger untersucht. Dafür hat die Gemeinde Hohenkirchen 35 Pedelegs angeschafft und aufgestellt. In Rosenow, Briggow und Mölln werden 20 Pedelegs zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde Ostseebad Insel Poel hat 30 Pedelegs erworben, und in Loitz wurden vier Pedelegs angeschafft. Die Einstellboxen und Elektroräder sind mittlerweile in allen Gemeinden aufgestellt und stehen zur Nutzung bereit. Das Infrastrukturministerium hat die Gemein-

den bei der Anschaffung der Pedelecs mit 200 Euro je Rad unterstützt. Das Projekt läuft bis Mitte Oktober 2017. Neben wissenschaftlichen Untersuchungen unterstützt das Infrastrukturministerium Gemeinden bei der besseren Verknüpfung der Verkehrsträger – und damit auch der besseren Einbindung des Fahrrads – mit der „Förderrichtlinie für die Gewährung von

Zuwendungen für Investitionen und Maßnahmen im öffentlichen Personenverkehr aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Land Mecklenburg-Vorpommern“. Im Rahmen der EFRE-Förderung werden insbesondere Investitionen in ÖPNV-Verknüpfungspunkte gefördert, mit denen eine Verbesserung der Kombination und Kooperation der verschie-

denen Verkehrsträger erreicht werden soll. Ein besonderer Fokus liegt auf verbesserten Schnittstellen zwischen dem Verkehrsmittel Fahrrad und dem ÖPNV. Außer der Errichtung von Bushaltestellen und Pkw-Stellplätzen an Bahnhöfen ist die Anlage von „Bike & Ride-Anlagen“ wesentlicher Bestandteil des Programms. Förderanträge nimmt das Landesförderinstitut entgegen. ■

Gesundheitsfördernde Aktivitäten im Wohnumfeld

Dokumentation zu einer vielfältigen Veranstaltung der LVG in Rostock erschienen

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV hatte in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen der Reihe „Gesund und aktiv älter werden“ eine vielseitige und informative Veranstaltung in der Volkshochschule Rostock ausgerichtet. Mehr als 80 Teilnehmende erlebten spannen-

de Vorträge, anregende Diskussionen und einen umfangreichen Markt der Möglichkeiten zum Thema „Generationen gestalten Zukunft“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen Gesundheitsfördernde Aktivitäten im Wohnumfeld initiieren; Kommunen als Orte der Begegnung und Entwicklungschancen für die Ver-

netzung des Sports.

Kürzlich ist die Dokumentation hierzu erschienen und bei der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LVG) in der Wismarschen Straße 170, 19053 Schwerin erhältlich; Tel./Fax: 0385-7 58 98 94 / 7 58 98 95, Email: info@lvg-mv.de; www.lvg-mv.de ■

Praktische Anleitung durch Fachkräfte

AOK Nordost bietet pflegenden Angehörigen kostenlos Schulungen an

„PfPf – hinter dieser zunächst etwas seltsam klingenden Abkürzung verbirgt sich eine Internet-Plattform der AOK Nordost mit dem Titel „Pflege in Familien fördern“, an dem sich in unserem Bundesland auch die Universitätsmedizin in Rostock und in Greifswald beteiligen. Sie will innerhalb des Netz-

werks pflegenden Familienangehörigen praktische Anleitung durch Fachkräfte aus Krankenhäusern geben. In Deutschland werden rund drei Viertel aller zu Pflegenden durch Familien, Angehörige, Freunde oder Nachbarn betreut. In kostenlosen Schulungen können sie jetzt Grundkenntnisse in der

Pflege erwerben. Vorgesehen ist, dieses Programm auf ganz Mecklenburg-Vorpommern auszuweiten – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse. Das Programm besteht aus drei aufeinander aufbauenden Modulen mit praktischer Anleitung und theoretischer Wissensvermittlung. ■

Wohngeld ist seit Januar erhöht

Der Zuschuss pro Monat und Haushalt beträgt durchschnittlich 99 Euro

Zum 1. Januar wurde das Wohngeld erhöht. „Durch die Neuerungen werden Menschen mit geringerem Einkommen bei den Wohnkosten stärker entlastet als bislang“, sagte der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus, Harry Glawe. „Mehr Haushalte als bisher erhalten Wohngeld und die bishe-

rigen Empfänger bekommen höhere Leistungen.“

Das Wohngeld ist erstmals seit dem Jahr 2009 angehoben worden. In Mecklenburg-Vorpommern wurden 2014 nach Angaben des Statistischen Amtes Wohngeldzahlungen von rund 35 Millionen Euro an 26.000 Haushalte geleis-

tet. Damit haben rund 3,1 Prozent aller Privathaushalte im Land Wohngeld in Anspruch genommen, wobei ein durchschnittlicher Zuschuss von 99 Euro im Monat pro Haushalt gezahlt wurde. 2013 wurden Wohngeldleistungen von rund 42 Millionen Euro gezahlt, 2015 waren es knapp 28 Millionen Euro. ■

Für anspruchsvolle und qualitätsbewusste Senioren

„Mitten im Leben 50+“ – Zum 13. Mal Messe für Gesundheit und Lebensfreude

Am 1. April ist es wieder soweit: In Schwerin lädt die dann schon 13. Messe „Mitten im Leben 50+“ unter der Schirmherrschaft der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Birgit Hesse, für drei Tage in die Sport- und Kongresshalle ein. Auch 2016 ist wieder eine rege Teilnahme von Vereinen, Verbänden und Unternehmen zu verzeichnen, die ihre Dienstleistungen, Produkte und Informationen für Menschen rund um die zweite Lebenshälfte präsentieren. Einheimische und überregionale Aussteller zeigen eine breit gefächerte Produktvielfalt für anspruchsvolle und qualitätsbewusste Senioren. Angebote aus den Bereichen Tourismus, Freizeit und Hobby – Wellness, Beauty und Gesundheit – Leben und Wohnen – Sicherheit und Vorsorge – Essen und Trinken runden das Ganze ab. Ein buntes und abwechs-

lungsreiches Rahmenprogramm, das die Aussteller aktiv mitgestalten, sorgt für Abwechslung und Aktivität.

Auch in diesem Jahr wird es wieder einen „Gesundheits-Parcours“ mit erweitertem Angebot geben. Hier können



die Besucher an verschiedenen Ständen ihren Fitness-Zustand testen und sich Informationen und Ratschläge zu gesunder Lebensweise geben lassen. Alle Teilnehmer haben im Anschluss die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen und einen der attraktiven Preise zu gewinnen. Am Samstagnachmittag findet die nun schon traditionelle Podiumsdiskussion mit Experten aus Politik und Verbänden statt. Thema ist diesmal „Kultur für Alle – Ist ein barrierefreier Zugang für jeden möglich?“. Außerdem gibt es jede Menge Informationen und Unterhaltung. Auf der Bühne finden täglich Modenschauen für die Trendbewussten sowie Tanz und Gesang statt. Die Messe ist Freitag bis Sonntag jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet. ■

Tänze aus aller Welt – seniorengerecht

Landesverband MV befindet sich in der Hansestadt Rostock und nennt sich „ErlebniSTanz“

Vor über 35 Jahren wurde der „Bundesverband Seniorentanz e.V.“ gegründet. Heute hat dieser Verband mehr als 6000 Mitglieder in 15 Landesverbänden. Bundesweit bietet er tanzinteressierten Menschen – bis ins hohe Alter – die optimale Möglichkeit, mit oder ohne eigenen Partner zu tanzen. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern besteht seit 20 Jahren. Er wurde 1995 unter Leitung von Jutta Leipner in Rostock gegründet. Seit kurzer Zeit nennt sich unsere Tanzart „ErlebniSTanz“, denn es ist eine etwas andere Art zu tanzen: Stets tanzen alle gemeinsam in der Gruppe, wobei Tänze mit einem Partnerwechsel für Auflockerung, Spaß und vielfältige Begegnung sorgen. Tänzerische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Gut ausgebildete Tanzleiterinnen und

Tanzleiter sorgen durch ein besonderes methodisches Vorgehen bei der Tanzvermittlung dafür, dass die Teilnehmenden rasch und mit Freude zum Erfolg gelangen. Des Weiteren hält Tanzen fit – körperlich und geistig. Wir tanzen seniorenrecht Tänze aus aller Welt, wie zum Beispiel Kreistänze, Kontratänze, Line Dance, Gesellschaftstänze in geselliger Form oder Square. Das hat positive Wirkungen auf Körper und Geist und kann zum Teil mehr bewirken als manche Tablette.

Erwiesen ist: ErlebniSTanz wirkt positiv auf Herz, Kreislauf, Stoffwechsel und das vegetative Nervensystem, bewahrt und fördert eine gute Körperhaltung und Beweglichkeit, schult den Gleichgewichtssinn und dient erwiesenermaßen als Sturzprophylaxe. Gefördert werden auch Koordination

und Konzentration. Erfolgserlebnisse stärken das Selbstvertrauen und das Selbstbewusstsein. Durch das gemeinsame Tanzen in der Gruppe werden soziale Fähigkeiten unterstützt und es wird der Vereinsamung im Alter entgegengewirkt. Also: Lebensfreude pur. Unser Verband hat sich zur Aufgabe gemacht, ältere Menschen zu aktivieren durch Tanzen und rhythmische Körperbewegung nach Musik. Außerdem können sich Interessierte zur Seniorentanzleiterin bzw. zum Seniorentanzleiter ausbilden lassen. Dazu bieten wir vom 23. bis 27. Mai einen Grundkurs in Güstrow an. Weitere Infos: Landesverband Seniorentanz M/V. Tel.: 038459-66091, E-Mail: vorsitz-mv@seniorentanz.de, www.erlebnis-tanz.de

Karin Formann

„Vier Wände“ werden neuen Bedürfnissen angepasst

Minister Glawe: Sanierungen, barrierearmer Umbau und sozialer Wohnungsbau Förderschwerpunkt

Das Wohnraumförderprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2016 ist in Kraft getreten. „Wir wollen insbesondere für Familien mit Kindern, für die wachsende Zahl älterer Menschen und für benachteiligte Haushalte den Wohnungsbestand im Land nachfragegerecht gestalten. Mit dem neuen Landesprogramm greifen wir außerdem neue, wichtige Aspekte auf, wie beispielsweise die Unterstützung des Neubaus von sozialen Mietwohnungen“, sagte der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Harry Glawe. Veranschlagt ist 2016 ein Programmvolumen in Höhe von 29,572 Millionen Euro. Insgesamt können fünf Millionen Euro als Förderdarlehen und 24,572 Millionen Euro als Zuschüsse bereitgestellt werden. Antragsstellung ist ab sofort

möglich. „Es bedarf vielerorts weiterer Modernisierungen und energetischer Verbesserungen, um den Wohnungsbestand zukunftsfähig zu machen“, so Glawe. Das Wohnraumförderprogramm biete umfassende Unterstützung, beispielsweise wenn die gewohnten vier Wände neuen Bedürfnissen angepasst werden müssten, etwa bei Familienzuwachs oder Mobilitätseinschränkungen. Neu ist ein Sonderprogramm zur Gewährung von Zuschüssen für den sozialen Wohnungsneubau. Ziel ist es, in Ober-, Mittel- und Grundzentren, die Wohnungsleerstände unter vier Prozent aufweisen, die Entwicklung angespannter Wohnungsmärkte zu vermeiden. Einen weiteren Förderschwerpunkt bildet das gemeinsam mit den Vertretern der

„Allianz für das Wohnen mit Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern“ und dem Wirtschafts- und Bauministerium entwickelte Programm zur Ertüchtigung von Wohnraum für benachteiligte Haushalte. Gefördert wird die Instandsetzung von leer stehenden Miet- und Genossenschaftswohnungen. Im Landesprogramm „Personenaufzüge und Lifte, barrierearmes Wohnen“ stehen insgesamt vier Millionen Euro zur Verfügung. Als vierter Schwerpunkt wird die laufende Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung mit insgesamt fünf Millionen Euro zinsgünstiger Förderdarlehen fortgesetzt. Das betrifft besonders innerstädtische Altbauquartiere und in Stadtumbaugebieten sowie barrierefreie und -arme Bestandsanpassungen. ■

BLICK ZUM NACHBARN – BRANDENBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Seniorenwoche über das ganze Bundesland

Zum 22. Mal fand im vergangenen Jahr die Brandenburgische Seniorenwoche statt. Eröffnet wurde sie in der Stadthalle „Hufeisenfabrik“ im Eberswalder Familiengarten; Schirmherr war Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke. Unter dem Motto „Für ein lebenswertes Brandenburg – sicher und geborgen“ fanden zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Bundesland statt. Die Seniorinnen und Senioren und ihre Vertretungen machten hauptsächlich deut-

lich, dass Angebote an altersgerechten, bezahlbaren Wohnungen fehlen. Sie beklagten zudem, dass es auf dem Lande häufig nicht möglich sei, mit dem öffentlichen Personennahverkehr die Orte zu erreichen, die für Arztbesuche, Einkäufe des täglichen Bedarfs und für die Geselligkeit dringend aufgesucht werden müssten. Auch die Einstiege in die Busse seien für Menschen mit Rollatoren erschwert. Das Angebot an ärztlicher Versorgung und die schwer zu

erreichenden Pflegeleistungen waren weitere Kritikpunkte. Festzustellen war bei der jüngsten Seniorenwoche eine rückläufige Tendenz der Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen. Und obwohl die Teilnehmenden älter geworden sind, gab es noch zahlreiche Seniorensportfeste. Einige Beiräte hatten sie mit Hilfe von Jugendlichen und Schülern vorbereitet. Hier liege ein Ansatzpunkt, neue Interessenten zu gewinnen, war die einhellige Meinung. ■

Baukosten auf den Prüfstand stellen

„Wohnungsbau muss als Daueraufgabe aller drei politischen Ebenen aus Bund, Land und Kommunen verstanden werden. Die Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau sind dabei deutlich zu erhöhen. Zusätzlich werden steuerliche Anreize auf Investitionen in den Wohnungsbau benötigt.“ Das sag-

te unlängst der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD im Landtag von Schleswig-Holstein, Thomas Hölck. Das Kuratorium Altershilfe hatte betont, dass derzeit nur fünf Prozent der Wohnungen in Deutschland seniorengerecht seien. Immobilienwirtschaft und Mieterbund fordern, dass bis 2025 jähr-

lich 100 000 seniorengerechte Wohnungen entstehen müssten. Deshalb seien, so Hölck, „die einzelnen Faktoren, die das Bauen immer teurer machen, auf den Prüfstand zu stellen.“ Für die Wirtschaftlichkeit der Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau müssten die Baukosten begrenzt werden. ■

Drei Haupt- und drei Zwischenmahlzeiten

Diabetes mellitus Typ 2 im Alter – Empfehlungen aus dem DGE-Praxiswissen (III)

Diabetiker, die mit Insulin oder bestimmten Medikamenten (Sulfonylharnstoffen, Gliniden) behandelt werden, müssen die Menge und den Zeitpunkt kohlenhydrathaltiger Mahlzeiten mit der Dosierung und der Gabe der Medikamente aufeinander abstimmen. Um das Abschätzen des Kohlenhydratgehaltes einer Mahlzeit zu erleichtern, wurden die Broteinheiten (BE) bzw. Kohlenhydratportionen (KHP) als Schätzhilfe entwickelt. Eine BE bzw. KHP enthält 10 bis 12 Gramm blutglucoseerhöhende Kohlenhydrate. Grundsätzlich müssen der Diabetiker-Patient oder die betreuenden Pflegekräfte wissen, in welchen Lebensmitteln Kohlenhydrate vorhanden sind und in welchen Mengen. Insulinpflichtige Diabetiker müssen den Kohlenhydratgehalt der Nahrung kennen, um die Insulindosis darauf abzustimmen.

Für Diabetiker ohne Insulin- oder Medikamententherapie ist im Rahmen einer ausgewogenen und dem Energiebedarf angepassten Ernährung, das genaue Zählen von BE oder KHP nicht mehr üblich.

Diabetiker haben – besonders bei einer Insulintherapie oder / und Sulfonylharnstoffen – das Risiko, eine Unterzuckerung (so genannte Hypoglykämie) zu bekommen.

Bei einer Unterzuckerung sinkt der Gehalt von Glucose (Zucker) im Blut unter das normale Maß. Folgende Anzeichen können darauf hinweisen: Schwitzen, Heißhunger, Zittern, Nervosität, Herzklopfen, Konzentrationsstörungen, Kribbeln, Schwindel oder Kopfschmerzen.

Das Auftreten einer Unterzuckerung kann verschiedene Ursachen haben. Dazu zählen: das Auslassen einer Mahlzeit, eine zu geringe oder verspätete Kohlenhydratzufuhr, extreme kör-

perliche Belastung, Überdosis an Insulin oder Antidiabetika als Tabletten und Alkoholkonsum. Kommt es zu einer Unterzuckerung, muss der Betroffene möglichst schnell „Notfallkohlenhydrate“ aufnehmen. Dazu eignen sich besonders: 20 Gramm Traubenzucker oder 200 Milliliter zuckergesüßtes Fruchtsaftgetränk oder zuckerhaltige Getränke wie Cola oder Limonade.



DGE-Ernährungskreis

Viele Diabetiker leiden auch, gerade bei einer Insulintherapie, unter nächtlichen Unterzuckerungen. Das Risiko dafür lässt sich durch eine kohlenhydrat- und ballaststoffreiche Spätmahlzeit reduzieren. Ideal dafür sind z. B. eine Scheibe Vollkornbrot mit Käse oder Kräuterquark oder ein Müsli (aus Haferflocken) mit Joghurt und Obst. Generell ist es vorteilhaft, bei Diabetikern auf eine ballaststoffreiche Kost zu achten. Um dies zu realisieren, bieten sich Vollkornprodukte aus fein ausgemahlenem Mehl an, da diese meist besser verträglich sind. Auch ein Anteil an Vollkornmehl oder -grieß für Brot, Gebäck oder Mehlspeisen sowie

gut gequollenes und weich gekochtes Getreide zu Mittag oder als Frischkornbrei zum Frühstück erhöhen den Ballaststoffanteil.

Diabetiker in Gemeinschaftseinrichtungen, wie Seniorenheimen, sollten darauf hingewiesen werden, die Vollkost zu wählen. Innerhalb der Einrichtung ist es wichtig, ein abwechslungsreiches Angebot bereit zu halten. Gemüse, Salate, Obst, Brote und Gebäck aus fein ausgemahlenem Vollkornmehl sollten zur Verfügung stehen. Bei speziellen Unverträglichkeiten ist ein Menü der leichten Vollkost die geeignete Alternative. Diese Menüs können mit einer Angabe der BE oder KHP versehen werden, um dem Diabetiker unter medikamentöser Behandlung eine Orientierung zu bieten. Es ist aber nicht erforderlich, besondere Menüs für Diabetiker anzubieten.

In Bezug auf die Mahlzeitenhäufigkeit können drei Hauptmahlzeiten und bis zu drei Zwischenmahlzeiten gegessen werden. Allerdings hat sich bei übergewichtigen Patienten für eine erfolgreiche Gewichtsreduktion der Verzicht auf die Zwischenmahlzeiten bewährt. Erfolgt eine Therapie mit Sulfonylharnstoff, Glinid oder Insulin, können Zwischenmahlzeiten dagegen notwendig sein, da die Menge und der Zeitpunkt kohlenhydrathaltiger Mahlzeiten mit der Dosierung und der Gabe der Medikamente abgestimmt werden muss. Wichtig ist bei der Umsetzung der therapeutischen Maßnahmen, die den Lebensstil betreffen (z. B. die Umstellung der Ernährung, Gewichtsreduktion oder Bewegung), dass diese konsequent und langfristig umgesetzt werden.

Deutsche Gesellschaft
für Ernährung e. V.

Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Materialkennzeichnung reicht nicht aus

Der richtige Umgang mit Küchenutensilien ist gar nicht so einfach

Nicht alle Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, wie Pfannenwender, Mikrowellengeschirr aus Kunststoff, Silikon-Backformen oder buntes Kindergeschirr aus Melaminharz sicher verwendet werden. Und zu wissen, dass bestimmte Kunststoffe – zum Beispiel Melaminharz oder auch Polystyrol – nur Temperaturen von etwa 70 Grad Celsius vertragen, kann auch nicht vorausgesetzt werden. Bei falscher Verwendung können unerwünschte Stoffe auf das Lebensmittel übergehen, zum Beispiel Melamin und Formaldehyd bei einer Erhitzung von Melamingeschirr über 70 Grad Celsius.

verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern

Die Angaben, bis zu welchen Temperaturen verschiedenste Küchenutensilien erhitzt werden dürfen, variieren trotz gleicher Materialart erheblich. So verträgt mancher Pfannenwender aus Polyamid laut Hersteller Temperaturen von 160 Grad Celsius, andere überstehen sogar Temperaturen bis zu 280 Grad. Für Silikonbackformen finden sich Maximaltemperaturen von 200 bis 260 Grad, und bei Mikrowellenge-

schirr aus Polypropylen geben die Hersteller Temperaturen zwischen 80 und 140 Grad an. „Das Problem ist, dass die Materialkennzeichnungen und Hinweise für eine sichere Verwendung von Küchenutensilien und Geschirr aus Kunststoff sowie Silikon nicht ausreichend sind“, bemängelt Uta Nehls, Leiterin des Ernährungsprojekts der Verbraucherzentrale Mecklenburg Vorpommern. In einem bundesweiten Marktcheck der Verbraucherzentralen wurde deutlich, dass diese Angaben oft schlecht lesbar, unverständlich oder nicht dauerhaft angebracht sind.

Fortsetzung auf Seite 18

PIKTOGRAMME ZUM SICHEREN GEBRAUCH VON KÜCHEN- GEGENSTÄNDEN

KÜCHENUTENSILIEN WIE PFANNENWENDER, KUNSTSTOFFBECHER, SILIKONBACKFORMEN UND VORRATSDOSEN SIND NÜTZLICHE HELFER BEI DER ZUBEREITUNG UND DER AUFBEWAHRUNG VON LEBENSMITTELN. AUF DEREN VERPACKUNGEN FINDEN SICH HÄUFIG ZAHLREICHE SYMBOLE UND HINWEISE, DIE INFORMATIONEN ZU EINEM SICHEREN UMGANG MIT DIESEN GEGENSTÄNDEN GEBEN.

BEDARFSGEGENSTÄNDE AUS KUNSTSTOFF WERDEN SPEZIELL FÜR EINEN BESTIMMTEN ANWENDUNGSBEREICH HERGESTELLT. WICHTIG IST DESHALB, DASS MAN SIE AUCH NUR FÜR DIESEN ZWECK BENUTZT, DENN DARAUFG SIND IHRE SICHERHEITSBEWERTUNGEN AUSGERICHTET. BEI HÖHEREN TEMPERATUREN ODER ABWEICHENDEN ZUBEREITUNGSARTEN KÖNNEN DIE KUNSTSTOFFE BESCHÄDIGT WERDEN UND UNERWÜNSCHTE STOFFE AUF DAS LEBENSMITTEL ÜBERGEHEN.

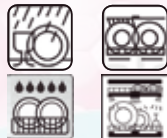
FOLGENDE SYMBOLE FÜR EINE SICHERE UND SACHGEMÄSSE VERWENDUNG SIND AUF VIELEN KÜCHENHILFERN SO ODER IN ÄHNLICHER FORM ZU FINDEN:



Dieses EU-weit gültige Symbol kennzeichnet Materialien, die für den Lebensmittelkontakt geeignet sind.



Recyclingcodes dienen der sachgerechten Wiederverwertung der Kunststoffe. Die Nummer und das Kürzel geben Aufschluss über das eingesetzte Material. Beispiel: 05/PP = Polypropylen



Diese Symbole zeigen, dass das Produkt für die Reinigung in der Spülmaschine geeignet ist. Der Begriff „spülmaschinengeeignet“ ist nicht verbindlich definiert, ebenso wie die grafische Darstellung des Symbols. Er wird vom Hersteller aufgrund eigener Erfahrung und Einschätzung gewählt.



Dieses Symbol steht für die „Spülmaschinenfestigkeit“. Es findet sich nur auf Gegenständen, die nach DIN-Normen geprüft wurden. Die Zahl oberhalb der Wasserstrahlen gibt die maximale Anzahl unbeschadet überstandener Spülzyklen wieder.



Hersteller verwenden unterschiedliche Symbole, um die Temperaturbereiche, für die ein Gegenstand geeignet ist, zu kennzeichnen.



Dieses Symbol gibt an, wie kältebeständig ein Produkt ist, das heißt bis zu welchen Minustemperaturen der Gegenstand verwendet werden kann.



Diese Symbole zeigen, wie hitzebeständig ein Produkt ist, das heißt bis zu welchen Maximaltemperaturen ein Gegenstand verwendet werden kann. Teilweise wird auch angegeben, wie lange ein Gegenstand, beispielsweise ein Pfannenwender, in Kontakt mit der heißen Pfanne sein darf.



Gegenstände mit diesem Symbol sind gefriergeeignet und frostfest, offen bleibt allerdings, bis zu welchen Minusgraden.



Gegenstände mit solchen Symbolen sind zwar für den Gebrauch in der Mikrowelle geeignet. Offen bleibt, bis zu welcher Temperatur sie maximal und über welchen Zeitraum sie erhitzt werden dürfen.



Diese Symbole zeigen an, dass der Gegenstand zur Zubereitung von Lebensmitteln im Backofen geeignet ist.

LEIDER ERKLÄREN SICH NICHT ALLE SYMBOLE VON SELBST.



Gegenstände mit diesem Symbol, beispielsweise Backformen, dürfen nicht unbefüllt im Ofen erhitzt werden.



Dieses Symbol weist darauf hin, dass der Gegenstand, beispielsweise eine Backform, nicht direkt in den Ofen gestellt, sondern nur auf einem Gitterrost verwendet werden darf.



Dieses Symbol weist darauf hin, dass der Gegenstand nicht auf die heiße Herdplatte gestellt werden darf.



Diese Symbole kennzeichnen, ob ein Küchenutensil für säurehaltige Lebensmittel geeignet ist, oder nicht.



Dieses Symbol soll vermitteln, dass der Gegenstand vor dem ersten Gebrauch mit einem Reinigungsmittel gespült werden soll.



Gegenstände mit diesem Symbol haben eine empfindliche Oberfläche. Messer sollten nicht verwendet werden, da sie die Oberfläche beschädigen können und beispielsweise zum Ablösen der Beschichtung führen können.

GEGENSTÄNDE, DIE FÜR DEN LEBENSMITTELKONTAKT HERGESTELLT WERDEN, MÜSSEN BESONDERE HINWEISE TRAGEN, WENN DIES FÜR EINE SICHERE UND SACHGEMÄSSE VERWENDUNG ERFORDERLICH IST. SO BEISPIELSWEISE DIE ANGABE GEEIGNETER TEMPERATURBEREICHE ODER DEN HINWEIS, DASS DIE MATERIALIEN NICHT MIT SÄUREHALTIGEN LEBENSMITTELN IN KONTAKT KOMMEN SOLLTEN. VIELE HERSTELLER ENTSCHEIDEN SICH FÜR EINE SYMBOLHAFT DARSTELLUNG DER VERWENDUNGSHINWEISE, SOGENANNT PIKTOGRAMME. SIE SIND IN IHRER GESTALTUNG, GRÖSSE UND PLATZIERUNG JEDOCH NICHT RECHTLICH GEREGLT. DAHER GIBT ES EINEN Dschungel VON PIKTOGRAMMEN UND LÄNGST NICHT ALLE SIND SELBSTERKLÄRENDE.

Die Verbraucherzentrale fordert:

- Strengere Sicherheitsanforderungen und eine effektive Kontrolle von Verpackungen und anderen Lebensmittelkontaktmaterialien.
- Klare und einheitliche Piktogramme für übliche und gängige Anwendungsbereiche, besonders für sicherheitsrelevante Angaben wie „nicht mikrowellengeeignet“, „nicht in der heißen Pfanne liegen lassen“, ggf. zusätzliche Erläuterungen in Worten.
- Ausreichende Größe und gute Kontraste der Sicherheitssymbole auf der Verpackung sowie in dauerhafter, gut lesbarer Prägung auf den Küchenutensilien selbst. Eine ausschließliche Kennzeichnung auf der Verpackung ist wenig hilfreich, da sie üblicherweise nicht aufbewahrt wird.

Fortsetzung von Seite 17

Beispielsweise war auf fast der Hälfte der betrachteten Pfannenwender der wichtige Hinweis „Nicht in der heißen Pfanne liegen lassen“ nicht zu finden. Bei Melamingeschirr war bei jedem zweiten untersuchten Produkt der Hinweis „Nicht für die Mikrowelle geeignet“ nur auf der Umverpackung oder

mittels Aufkleber angebracht. „Diese werden nach dem Kauf entfernt und genügen aus Sicht der Verbraucherzentrale deshalb nicht, um Verbraucher über die sichere und sachgemäße Verwendung des Geschirrs zu informieren“ so Uta Nehls. Hinzu kommt, dass Kennzeichnungen, die direkt auf dem Geschirr aufgebracht sind, nicht unbedingt eindeutig sind. Es ist eine weit

verbreitete Praxis der Hersteller, Gebrauchshinweise in Symbolform (Piktogramme) darzustellen. Diese sind oft nicht deutlich erkennbar oder erst gar nicht zu verstehen. Ergänzende Hinweise dazu sucht man oft vergeblich. Die Verbraucherzentralen haben zur Hilfestellung die wichtigsten Piktogramme in einer Abbildung zusammengefasst und erläutert. ■

Ein altersgerechtes Gefängnis

Während nach Angaben von „Human Rights Watch“ in den Gefängnissen der USA die Zahl der über 65-jährigen Häftlinge zwischen 2007 und 2010 erheblich angestiegen sei – 94 Mal so schnell wie die Zahl aller Gefängnisinsassen – und die Bedingungen alles andere als altersgerecht wären, sehe die Situation in Deutschland anders aus. Da auch hierzulande die Zahl der Senioren steige, gebe es in Singen am Bodensee eine eigens dafür ausgestattete Senioren-Justizvollzugsanstalt. ■

Abstriche beim Kreuzworträtseln

Bei vielen Senioren ist Kreuzworträtseln ein beliebtes Mittel, um die grauen Zellen zu trainieren. Den Nutzen könne man aber eher als gering werten. Zwar müsse man das richtige Wort suchen und aktiviere dabei sein Wissen, „doch neue Verknüpfungen werden kaum gebildet“, meint Prof. Lutz Frölich vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim. Sudoku könnte effektiver sein. Das Zahlenrätsel aktiviere Fähigkeiten wie etwa logisches Kombinationsvermögen. ■

Willkommenes Thema: Seniorensicherheitsberater

Lichtenhagen: Schon zweimal Präventionsveranstaltungen

Präventionsarbeit wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von vielen haupt- und ehrenamtlichen Stellen im Land geleistet. Eine Besonderheit des Projekts besteht jedoch darin, dass die Seniorensicherheitsberater nicht nur ehrenamtlich tätig, sondern darüber hinaus pensionierte Mitarbeiter der Landespolizei sind und damit insbesondere in Bezug auf Alter und Erfahrung ganz spezielle Voraussetzungen an den Start bringen. Seniorensicherheitsberater für Präventionsveranstaltungen können kostenlos angefordert werden. Von diesem Angebot haben die Senioren in Lichtenhagen schon zweimal kurzfristig Gebrauch gemacht.

Einige Straftäter haben es speziell auf ältere Menschen abgesehen, deren Gutgläubigkeit und altersspezifische Besonderheiten sie immer wieder auszunutzen versuchen. Der bekannte „Enkeltrick“ ist dabei nur eine Facette im Kriminalitätsrepertoire der Ganoven. Die Seniorensicherheitsberater wissen, wie raffiniert und flexibel die Kriminellen vorgehen, um



Seniorensicherheitsberater Hartmut Olthoff bei seinen Ausführungen

an das Geld von älteren Menschen zu gelangen. Deshalb richten sie die Schwerpunkte ihrer Beratungstätigkeit auf Inhalte aus, die insbesondere Senioren betreffen: Verhaltenstipps an der Haustür: Vorsicht, wenn Fremde läuten! Achtung: Falsche Enkel, angebliche Polizisten, Handwerker,

Rechtsanwälte, Gaunerzinken, Einbrüche u. a.

Aus immer wieder aktuellem Anlass organisierte der Seniorenbeirat Lichtenhagen im Januar in Zusammenarbeit mit dem Kolping Begegnungszentrum einen Nachmittag zur Seniorensicherheit. Leider lassen sich Trickbetrüger immer wieder neue Betrugereien einfallen um Senioren das Geld aus der Tasche zu ziehen oder ihre Gutgläubigkeit auszunutzen. Darum ist es wichtig und immer wieder erforderlich, mit solchen Veranstaltungen dem entgegenzuwirken und Senioren für dieses Thema zu sensibilisieren. Hierzu hatte Monika Schmidt, die Vorsitzende des Seniorenbeirats, Hartmut Olthoff, einen Kriminalbeamten im Ruhestand, ins Kolping Begegnungszentrum eingeladen. Sein Vortrag basierte auf fundiertem Wissen und war sehr interessant. Die anschaulichen Beispiele aus seiner eigenen Tätigkeit, unterlegt mit Filmbeiträgen, brachten vie-

Fortsetzung auf Seite 20



Aufmerksame Zuhörer beim Nachmittag der Seniorensicherheit

Fortsetzung von Seite 19

le der Anwesenden zum Staunen. Es ist unglaublich, was diese Verbrecher sich alles einfallen lassen, um Senioren um viel Geld zu betrügen. Genauso verwerflich ist es, die Hilfsbereitschaft und Gutmütigkeit der Senioren auszunutzen und diese für ihre Zwecke zu nutzen.

Die anschließende Diskussion wurde teilweise sehr emotional geführt. Aber es waren auch viele nachdenkliche Gesichter zu sehen. Immer wieder wurde vermittelt, dass es gut ist, jedem gegenüber misstrauisch zu sein und sich immer zu vergewis-

**Dieses Präventionsprojekt
wird finanziert durch:**

PROVINZIAL



**Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern**

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

sern, wer vor der Tür steht, bevor man diese öffnet. Von Vorteil ist dabei auch ein guter Kontakt zu den Nachbarn. Das Thema hat alle nachdenklich gemacht und jeder konnte für sich etwas mitnehmen. Peter Glück, Mitglied des Seniorenbeirats der Hansestadt Rostock, stellte ergänzend zum Thema das Hausnotrufgerät von verschiedenen Anbietern vor, das für Senioren große Vorteile und Sicherheit bieten kann und zu einem späteren Termin auch zur Nutzung bei Pflegestufen mit Funktionen erweitert werden kann.

*Renate Wegener
Seniorenbeirat Lichtenhagen*

... und das geschah in Crivitz: Ein großes Dankeschön

„Wir möchten ein großes Dankeschön auf den Weg bringen.“ Das schreibt Christine Schade im Namen des „Kreises für Ältere“ der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Crivitz. Am 3. Februar war Siegfried Schulz, ehemaliger Kriminalhauptkommissar des Landeskriminalamts und jetzt Seniorensicherheitsberater der Polizei, mit

seinem „technischen Assistenten“, Kriminalhauptkommissar Wilfried Meyer, zu Gast. Rund 40 Personen wurden in puncto Sicherheit fachmännisch, kompetent und charmant in Wort und Bild beraten. „Ein Hoch auf die Polizei, die solche tollen Leute auf den Weg schickt, die nicht Ängste verbreiten, sondern sensibilisieren, aufmerksam machen

und ermuntern, selbst vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Die erste Dame hat schon eine Sicherheitskette an der Wohnungseingangstür befestigen lassen!“ Christine Schade meint: „Herrn Schulz kann man nur wärmstens weiterempfehlen. Wunderbar auch, dass dieses Projekt vom Land gefördert wird. Auch dafür gilt unser Dank.“ ■

Die Landeshauptstadt Schwerin meldet: Die Bilanz kann sich sehen lassen

Mit einer Einladung zu einer Weihnachtsfeier in kleiner Runde würdigte in Schwerin der Direktor des Landeskriminalamts die ehrenamtliche Tätigkeit der vier Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch, Erhard Gorlt, Hans-Peter Eichel und Siegfried Schulz im zurückliegenden Jahr. Die Bilanz kann sich sehen lassen. So führten die vier Ehrenamtler 2015 insgesamt 27 Veranstaltungen zur Kriminalprävention durch. Dabei konnten sie 820 Seniorinnen und Senioren u. a. über Probleme



Weihnachtsfeier in kleiner Runde

des Einbruchschutzes, des Trickdiebstahls und des Betrugs informieren. Oftmals wurden sie dabei von den drei Musikern der Harmonika-Freunde des Landespolizeiorchesters unterstützt.

Den Kollegen außer Dienst macht ihr Ehrenamt Spaß. Sie berichteten, wie dankbar die ältere Generation ist, dass sich die Pensionäre um sie kümmern und Hinweise zur Vorbeugung von Straftaten geben. Bis zum 30. November wurden von allen 27 Seniorensicherheitsberatern der Landespolizei auf insgesamt 105 Veranstaltungen über 3000 ältere Menschen zu Kriminalitätsrisiken im Alter und Fragen der Verkehrsprävention unterrichtet.

Wilfried Meyer

**Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf;
aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.**

Bertolt Brecht (1898-1956)

*„Hier fühl'n wir uns
zu Hause ...“*

Vitanas



*... denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und
die Nachbarn sind auch noch nett!“*

Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen
mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel
können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für
Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in
die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer
herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie



Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark

Am Tierpark 6
17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark

Neustrelitzer Straße 40
17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0

www.vitanas.de

LANDKREIS ROSTOCK

Ehrung für den Seniorenbeirat von Krakow am See

Das vergangene Jahr war für den Seniorenbeirat der Stadt Krakow am See erfolgreich. Die Ergebnisse wurden auf der Vorstandssitzung im Januar vielfältig vom Beirat und vom Bürgermeister gewürdigt. Zugleich ging es um die Aufgaben 2016, die auch beschlossen wurden. Im Mittelpunkt stehen u. a. die Informationsveranstaltung zur gesunden Ernährung im Alter, die Präsentation der Tagespflege „Villa Martha“, die Informationsveranstaltung des Pflegestützpunktes, der Besuch der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales im Rahmen der Auszeichnung „Seniorenfreundliche Kommune“ 2014, die Mitwirkung für den Neubau der



Beim Neujahrsempfang wurden Karin Roloff, Erich Blumenthal und Heide Rudzok mit dem Ehrenamts-Diplom geehrt.



Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen für Pflegende und Gepflegte

Foto: Poleratzki

Trauerhalle und die Landpartie. In Abstimmung mit dem Bürgermeister fand eine Veranstaltung mit Angehörigen statt, die krankheits- und altersbedingt einem Menschen im nahen Umfeld Fürsorge und Unterstützung geben. Bürgermeister, Amtsvorsteher und Beiratsvorsitzende sprachen allen Teilnehmern Achtung, Respekt und Dank aus.

Hohe Wertschätzung wurde dem Seniorenbeirat auf dem Neujahrsempfang der Stadt zuteil. Drei Senioren des Beirats, Karin Roloff, Heide Rudzok und Erich Blumenthal, erhielten das Ehrenamts-Diplom, unterzeichnet von Sozialministerin Birgit Hesse und Bürgermeister Wolfgang Geistert.

Am 22. Januar begrüßten der Unternehmer Stephan Schmidt und die Inhaberin der Tagespflege und Betreuung „Villa Martha“, Jana Düsterhöft, die Vorstandsmitglieder des Seniorenbeirats zur Besichtigung und Vorstellung der Einrichtung. Die Seniorenbeiratssitzung drei Tage später befasste sich mit den Aufgaben für dieses Jahr. Im Mittelpunkt standen die aktuellen gesellschaftspolitischen und kommunalen Themen. Im Zusammenhang mit dem Projekt „Demokratie-Leben“ bringt sich der Seniorenbeirat bei der Gestaltung eines internationalen Kindertages ein.

Jürgen Poleratzki

Knöpfe, Knöpfe, nichts als Knöpfe

Die rührige Seniorin Edith Schröder aus Broderstorf hat uns wieder ein Erlebnis geschildert, das den Lesern des Seniorenkuriers nicht vorenthalten bleiben sollte: In der letzten Januarwoche düsten wir zum Schulhort der Schule an der Carbak in Broderstorf. Auf dem Rücksitz stand unser Handarbeitskorb mit diversen Stoffen und bunten Knöpfen. Im Hort warteten bereits die Kinder wie immer gespannt, was so „gearbeitet“ werden sollte. Zuerst hörte



man nur das Geklapper der Knöpfe, dann verteilten wir die Vierecke aus Stoff, alle in der gleichen Farbe. Und schon ging es los. Die einen hatten

sich Muster ausgedacht, erstaunlich schöne auch in den Farben. Die anderen nähten drauf los, total fasziniert, was man mit einer einfachen Nähnaedel alles machen konnte. Am Ende der Zeit versprochen wir den Kindern, beim nächsten Mal Herzen zu nähen, gefüllt mit Watte und zum Aufhängen. Damit hatten wir den fleißigen „Handarbeitern“ wieder eine große Freude bereitet und uns natürlich auch.

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Neuer Vorstand des Seniorenbeirats Neubrandenburg

In seiner Beiratssitzung am 8. Dezember wurde der Vorstand des Seniorenbeirats Neubrandenburg laut Satzung neu gewählt. Zwei Vorstandsmitglieder, Wolfgang Richter und Ottomar Blum, sind aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden und wurden feierlich verabschiedet. Sie arbeiten aber weiterhin aktiv im Beirat mit. Ein Mitglied des Seniorenbeirats, Günter Starke, wurde für seine langjährigen Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt. Gewählt wurden einstimmig in offener Abstimmung die Vorstandsmitglieder Hans Asmus, Eckhard Gründer, Susanne Jeske, Peter Lundershausen, Günter Schult, Gabriele Starke und Helena Staerkenberg. Als Vorsitzender wurde Peter Lundershausen wieder in die Funktion gewählt.

Mit der Neuwahl des Vorstands wurde der Altersdurchschnitt von vormals 73,43 Jahren auf 67,57 Jahre gesenkt, und der Frauenanteil erhöhte sich auf 42,86 Prozent.

Im vergangenen Jahr, so steht im Info-Blatt des Seniorenbeirats, beriet dieser sechsmal und gab fünf Stellungnahmen zu aktuellen Fragen ab. Dazu ge-



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Hans Asmus, Gabriele Starke, Peter Lundershausen, Susanne Jeske, Günter Schult, Helena Staerkenberg, Eckhard Gründer.

hörten Themen wie Wohnen im Alter, die Gestaltung des Kulturparks, Einkaufen, Kultur und medizinische Versorgung in Neubrandenburg sowie die Flüchtlingspolitik in der Vier-Tore-Stadt. Zu Buche steht die Teilnahme an zwei Messen und eine vom Beirat organisierte Ausstellung zu altersgerechten Assistenzsystemen.

Derzeit gehören 32 Mitglieder aus 25 Vereinen, Verbänden und Institutionen dem Seniorenbeirat an; er führte elf Vorstandssitzungen durch und hielt 20 Sprechtag ab. Außerdem war der Beirat Initiator für die Errichtung eines Pflegestützpunktes, der im zweiten Halbjahr 2015 bereits rund 450 vermelden konnte. ■

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Vernetzung in der Region geht zügig voran

Die erste Sitzung des Kreissenorenbeirats in diesem Jahr fand Anfang Februar in der Malzfabrik in Grevesmühlen statt. Erfreulich war, dass die Teilnahme der Mitglieder 100 Prozent ausmachte. Die Gleichstellungsbeauftragte, die Verwaltung, Herr Griesse vom Behindertenbeirat Nordwestmecklenburg, Karina Brauer von der Beratungsstelle der AWO sowie der Pflegestützpunkt waren unsere Gäste. Der Jahresbericht 2015 wurde vorgestellt, um dem Kreistag Rechenschaft über unsere Arbeit zu geben.

Schwerpunkt waren zwei große Seniorenkonferenzen in Grevesmühlen, auf deren Tagesordnung die Vernetzung der sechs Amtsbereiche, die Themen Flucht und Asyl sowie das neue Pflegestärkungsgesetz standen. Gerade auf diesen Konferenzen erreichten wir sehr viele Bürger aus dem Landkreis. Informationen und Fragen wurden von Fachkräften beantwortet. Um die Vernetzung in Nordwestmecklenburg erfolgreich voranzutreiben, waren wir bei den Sitzungen des Amtsvorstands zuge-

gen und stellten unsere Vorhaben vor.

Alle für Senioren relevante Themen werden von der Verwaltung Soziales an die Amtsbereiche verschickt, und der Sozialausschuss sorgt dafür, dass diese Nachrichten auch die Senioren erreichen. Dort, wo Seniorenbeiräte aktiv arbeiten, besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Doch jedes Beiratsmitglied müsse darauf achten, in seinem Bereich, seinem Verein

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

oder in seiner Kommune als Multiplikator wirksam zu werden.

Der gemeinsam erarbeitete Arbeitsplan für 2016 sieht eine dritte Seniorenkonferenz im April vor, auf der es u. a. um die Themen Demenz, Friedhofskultur, Impfungen und weitere Vorhaben gehen wird. Im Herbst soll sich, mit Unterstützung der Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Meck-

lenburg-Vorpommern e. V. Martina Tegtmeier, die vierte Konferenz mit den Themen Schonvermögen sowie Betreuung und Versorgung bis zum Ableben beschäftigen. Bis dahin sollen außerdem alle Schwachstellen im neugeordneten Öffentlichen Personennahverkehr aufgelistet werden; der Leiter des Unternehmens Nahbus will dazu Stellung nehmen. Für den Gebrauch von Tablets wollen wir versuchen, einen größeren Kreis Interessierter zu schaffen. Herr Dopp aus Bad Kleinen machte diesen Vorschlag

aus eigener Erfahrung – in gemütlicher Runde trifft er sich regelmäßig mit Anderen. Besonders seinen Enkelkindern macht es Spaß, ihr eigenes Wissen kundzutun.

Karina Brauer von der Betreuungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt in Grevesmühlen berichtete als Gast darüber, dass auch ältere Menschen, wiederholt zu Betroffenen werden.

Karin Lechner

Vorsitzende des Kreissenorenbeirats
Nordwestmecklenburg

Zunehmende Altersarmut ist beunruhigend

Kurzinformationen aus dem Landkreis Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar

Der Präsident der Wismarer Bürgerschaft, Tilo Gundlack, rief erneut zur Mithilfe auf, um die Parkanlage im Seebad Wendorf aufzuräumen. Immer



mehr Bürger schließen sich diesem Aufruf an. Gemeinsam mit der Mecklenburger Anstiftung bringen solche Aktionen nicht nur Freude. Auch das Gespräch mit den Mithelfenden tut gut.

*

Regelmäßig werden in Wismar für Interessierte Bürger im Rathausaal so genannte Demografiegespräche mit der Verwaltung, der Politik, den Wohnungsgenossenschaften, Pflegeeinrichtungen, Schulen sowie den Vereinen und Verbänden durchgeführt. Moderiert wurde die jüngste Veranstaltung vom NDR. Karin Lechner, Vor-

sitzende des Kreissenorenbeirats, antwortete auf die Frage, was sie besonders beunruhige. Das sei die Altersarmut mit allen ihren Erscheinungen, betonte sie. Es war eine gelungene Veranstaltung, doch viele Antworten auf die Fragen der Besucher waren leider nicht zufriedenstellend.

*

Auch im vergangenen Jahr unterstützten Mitglieder des Seniorenbeirats der Hansestadt Wismar die Stadtwerke beim großen alljährlichen Laternenbasteln. Zu den über 200 kleinen Gästen gesellten sich auch zahlreiche Asylbewerber mit ihren Kindern. Mit großer Freude waren sie dabei.



*

Mitte Dezember fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung mit dem Kreissenorenbeirat



statt. Eine Firma aus Nordwestmecklenburg stellte die Vor- und Nachteile beim Anbau eines Fahrstuhl lifts vor. Der erste Lift wurde vor dem Treppenlift angebaut. Als Nachteil erwies sich: Um in die Wohnung zu gelangen, musste man die Treppen hinauf oder hinter gehen. Mit Gepäck oder mit einem Rollator gestaltete sich das sehr beschwerlich.

Der zweite Lift wurde ins Gebäude hinein gebaut, wobei ein Teil der Treppe entfernt werden musste. In diese Lücke setzte man den Lift. Er hält in jeder Etage, hat aber nicht die nötige Breite, um den Fahrstuhl mit einem E-Wagen benutzen zu können. Immerhin aber kommt man in seine Wohnung. Für die anschließende gemütliche Runde hatte Familie Benthin selbst gebackenen Kuchen und Kaffee mitgebracht.

*

Der Grundgedanke, sich einzubringen in die Gemeinschaft, ist so alt wie das menschliche Zusammenleben. Gerade die Ehrenamtsstiftung MV führt engagierte Menschen zusammen – zum Kennenlernen, zum Erfahrungs- und Ideenaustausch. Bei der Mitarbeit in der Ehrenamtsstiftung MV wurde mir bewusst, wie wichtig es ist, gerade jüngere Menschen dafür zu gewinnen. Vor gut 20 Jahren wurde ich von der damaligen Vorsitzenden des Landes-



seniorenbeirats, Brigitte Paetow, angesprochen, durch meine Mitarbeit in der Seniorenarbeit auch Verantwortung zu übernehmen. Bis heute habe ich keine Stunde bereut, diesen Schritt gemacht zu haben. Man lernt immer noch dazu und bleibt fit. Außerdem ist es mir wichtig geworden, immer wieder junge, dynamische Mitstreiter in die Arbeit mit einzubeziehen. Das Land und seine Menschen braucht das Ehrenamt.

kl

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Problematik: Bezahlbares Wohnen im Alter

Am 17. Dezember fand in den Räumen der BARMER GEK die letzte öffentliche Sitzung 2015 des Seniorenbeirats statt, die von zahlreichen Gästen besuchte wurde. Thema der Sitzung war „Bezahlbares Wohnen im Alter in Schwerin“. In einem kurzen Vortrag berichtete Simone Borchert, Regionalgeschäftsführerin und Oberbürgermeisterkandidatin, über Veränderungen des neuen Pflegepräventionsgesetzes. Gleichzeitig bot sie weitere Aufklärung über die Veränderungen der Sozialgesetze an. In Schwerin sind 48 Prozent Ein-Personen-Haushalte. Besonders diesen Personen fällt es schwer, die Miete und die Nebenkosten einer Wohnung zu finanzieren. Sie benötigen bezahlbaren Wohnraum. Dieser sollte nach Möglichkeit auch barrierefrei sein. Die große Anzahl der Besucher machte deutlich, dass dieses Thema viele Menschen sehr bewegt. Auch nahmen die Vertreter der WGS, der SWG und der Neuen Lübecker zu dieser Problematik Stellung. Ergebnis aller Vorträge war, dass die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen in Schwerin nicht ausreichend ist. Auch die Zurverfügungstellung der Barrierefreiheit ist nicht zufriedenstellend. Dies liege nicht zuletzt daran, dass hohe Kosten mit der Umsetzung von altersgerechtem Wohnraum verbunden seien. Hier ist auch die Stadt gefragt. Zurzeit



V. l. Jörg Boden (Neue Lübecker), Margitta Schumann (SWG) und Siegfried Schwinn



Das Thema lockte viele Interessierte.

gibt es keinen sozialen Wohnungsbau. Positiv wurde die Errichtung eines Zentrums „Wohnen im Alter“ durch die Neue Lübecker erwähnt, leider bis jetzt allerdings nur in Lübeck vorhanden. Ein ähnliches Projekt ist jedoch auch für Schwerin geplant. Zum Thema „Wohnen im Alter“ wird gegenwärtig im Pflegestützpunkt über Umbau, Neubau und Fördermöglichkeiten von altersgerechten Wohnun-

gen beraten. Beim Einbau von Fahrstühlen in bestehenden Wohnungen müsse ein besonderer Brandschutz gewährleistet werden. Dies sei wiederum sehr kostenaufwendig. Deshalb sei die Barrierefreiheit häufig nicht hundertprozentig zu erreichen. Auf die Frage nach dem Verkauf von Wohnungen durch die WGS an einen privaten Inves-

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

tor beruhigte der Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft die Anwesenden, dass der neue Besitzer vertraglich zu Leistungen wie Modernisierung und

Einhaltung der Mietgesetze verpflichtet sei und so diese Objekte nicht zu einem Spekulationsgeschäft mit steigenden Mieten würden. Der Seniorenbeirat versprach, diesen Projekten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wie wichtig den Bürgern dieses Thema ist, zeigte die anschließende Diskussion mit den Vertretern der Wohnungsgesellschaften.

Walter Heinrich
Vorstand des Seniorenbeirates

Medienpolitischer Abend hat Netzwerk im Blick

Das landesweite Netzwerk zur Medienbildung Medienaktiv M-V veranstaltete in Schwerin einen ersten medienpolitischen Abend. Der Einladung waren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft gefolgt. Den Landesseniorenbeirat vertrat dessen Vorsitzender Bernd Rosenheinrich. Nach der Eröffnung durch den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern, Reinhard Dankert, wurde an fünf verschiedenen Tischen der Stand der Medienbildung in M-V für alle Zielgruppen diskutiert. Dazu zählten die Bereiche Schulische Medienbildung; Außerschulische Medienbildung; Lehrerbildung und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften; Frühkindliche Medienbildung und Familie sowie Medienbildung für Ältere. Dabei wurden die bisher erreichten Ergebnisse und die Netzwerkarbeit von Medienaktiv M-V ebenso thematisiert wie die Vorstellungen, was Medienbildung künftig in den verschiedenen Bereichen leisten müsste und welche Herausforderungen damit verbunden sind.



Eine der Arbeitsgruppen im Gedankenaustausch

Die Ergebnisse des Abends werden auf der Frühjahrstagung des Netzwerks Medienaktiv M-V in der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin präsentiert. „Vor allem der Dialog mit der Politik ist uns wichtig, da wir die Herausforderungen nur gemeinsam lösen können. Den Netzwerkgedanken, den Medienaktiv M-V seit Jahren praktiziert, wollen wir mit diesem Dialog eben auch auf Gesell-

schaft und Politik ausbreiten“, so einer der Initiatoren des Netzwerks. Zu den Initiatoren gehören das Kompetenzzentrum und die Beratungsstelle für exzessive Mediennutzung und Medienabhängigkeit Schwerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe M-V, die Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung M-V, das Landeskriminalamt, die Medienanstalt M-V und der Landesdatenschutz M-V. ■

Vitanas unter den Top 10 der Arbeitgeber

Was muss ein Arbeitgeber bieten, damit seine Beschäftigten jeden Morgen gern zur Arbeit gehen, sich wertgeschätzt fühlen und ihre Tätigkeit mit viel Engagement ausüben? Von Aufstiegschancen übers Betriebsklima bis zum Gehalt – das große Arbeitgeber-Ranking des Wirtschafts magazins Focus zeigt, welche Unternehmen in Deutschland ihren Mitarbeitern herausragende Job-

Bedingungen bieten. Und dazu gehören auch die Teams der beiden Vitanas Centren in Schwerin Am Schlossgarten und Im Casino. Die Unternehmensgruppe Vitanas erreichte in der Branche „Gesundheit und Soziales“ den 10. Platz und gehört damit zu den besten Arbeitgebern Deutschlands. Focus ermittelte in Zusammenarbeit mit dem Karrierenetzwerk „Xing“ und der Bewertungsplattform

„kununu“ die besten Arbeitgeber aus 22 Branchen. Zugrunde lagen über 70.000 Bewertungen von Arbeitnehmern aller Hierarchie- und Altersstufen. Die Befragten beurteilten unter anderem das Führungsverhalten ihres Vorgesetzten, ihre beruflichen Perspektiven, das Gehalt sowie das Image ihres Arbeitgebers. Besonders wichtig war die Weiterempfehlungsbereitschaft. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Seniorenbeirat Stralsund mit neuem Erscheinungsbild

Auf der ersten Mitgliederversammlung des Seniorenbeirats im Januar wurde der Jahresarbeitsplan beschlossen. Grundsätzliche Ziele sind: 1. Möglichst viele Senioren in Stralsund und im Umland zu erreichen und zu informieren; 2. Senioren zu animieren, aktiv zu werden und sich zu engagieren; 3. Seniorengerechtigkeit in Planungen zu berücksichtigen; 4. Generationenverbindende Angebote zu schaffen; 5. Lebenslanges Lernen attraktiv zu machen. In Anlehnung daran formulierten der Vorstand und die fünf Arbeitsgruppen des Beirats Vorhaben,



Aufgaben und Projekte. Dabei zeigte sich, dass der Presse- und Medienarbeit eine entscheidende Bedeutung zukommt. Die Bekanntheit des Seniorenbeirats und seiner Aktivitäten im vergangenen Jahr hat sich dadurch um ein Vielfaches erhöht, was sich in der wesentlich höheren Besucherfrequenz und in den stark gestiegenen Telefonkontakten in der Geschäftsstelle zeigte. Während eines Gesprächs mit den lokalen Zeitungsredaktionen und dem „Fernsehen am Strelasund“ erläuterte der Vorsitzende des Seniorenbeirats, Dr. Georg Weckbach, die

Aufgaben für 2016. Die Mitglieder der AG „Pressearbeit und Medien“, Birgit Wacks und Giesela Müller, stellten das neue Outfit des Seniorenbeirats vor. Die Website des Seniorenbeirates war nach der Neugestaltung am 19. Januar freigeschaltet und ist unter www.seniorenbeirat-stralsund.de einzusehen und zu nutzen. Neu ist u. a. dabei, dass durch einfache Handhabung auf der Web-Site die Geschäftsstelle jetzt per E-Mail zu erreichen ist. Ein Flyer zum Thema „Gemeinsam mehr bewegen“ mit Informationen über die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats wird gegenwärtig verteilt. Der „Seniorenratgeber“ für 2016 ist in neuer und frischer Gestaltung auf der Ehrenamtsmesse im Rathauskeller Stralsund erhältlich. ■

Wie entsteht unsere Lokalzeitung?

Das war ein sinnvoll verbrachter Tag – so die Auffassung von Wolfgang Taubert aus Bergen. Grund dieser Aussage war der Besuch von 14 Seniorinnen und Senioren, die der Einladung von Luise Braasch von Seniorenbeirat der Insel Rügen nach Rostock zur *Ostsee-Zeitung* gefolgt waren. Nach einem Bummel über den festlichen Weihnachtsmarkt, natürlich mit dem Test einer Thüringer Bratwurst und dem obligatorischen Glühweintrunk, ging es zu dem besonderen Höhepunkt des Tagesausflugs. Von zwei jungen Damen wurden die Rügener empfangen und erhielten eine fachkundige Übersicht in Sachen Gestaltung, Vertrieb und Verantwortlichkeiten innerhalb der Vertriebsbereiche der OZ. Natürlich konnten die Gäste live vor Ort die Entstehung ihrer Heimatzeitung miterleben. Der – leider nicht barrierefreie – Rundgang durch die verschiedenen Abteilungen des Hauses, wie die Redaktion und die mo-



derne Druckerei, bis zur Zusammenstellung der fertigen verschiedenen Lokalausgaben und das Einfügen der Werbeeinlagen war sehr aufschlussreich. Dass viele Fragen und Meinungen geäußert wurden, war kein Problem für die Crew der OZ, die offen und zum Teil humorvoll antwortete. Alle Teilnehmer waren nach dem nicht alltäglichen Einblick in die Ent-

stehung ihrer Zeitung sowie mit dem gesamten Tagesablauf in Rostock mehr als zufrieden. Mit einem herzlichen Dank an die Mitarbeiter der OZ sowie an Luise Braasch für ihre ausgezeichnete Vorbereitung wurde diese Bildungsreise beendet.

Manfred Schittko
Ehrenvorsitzender des
Seniorenbeirats Bergen

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Informationen zur Mobilität im Alter

Der Seniorenbeirat im Seebad Ueckermünde beschäftigte sich auf seiner Informationsveranstaltung mit dem Thema „Bewusst und sicher mobil im Alter“. Als Referenten hatte er die Schwestern Kerstin und Susanne vom Zentrum für Altersmedizin aus dem Hausarztzentrum Ueckermünde gewonnen. Gemeinsam mit den Teilnehmern wurde die Mobilität im Alter herausgearbeitet. Speziell bezog man sich auf das Auto, das ein unverzichtbarer Begleiter für Wege zum Arzt, zum Einkauf im Supermarkt oder bei der Abholung der Enkel von der Schule ist. Bei der Frage, bis zu welchem Alter ein Fahrzeug geführt werden könne, hieß es eindeutig, dass es keine Obergrenze in Deutschland gebe. Der Bürger solle selbst entscheiden, wann er sein Auto stehen lässt und stattdessen andere Verkehrsmittel nutzt.

Die Rechtslage ist, dass in Deutschland ein Senior seine Fahrtüchtigkeit nicht unter Beweis stellen muss. Der Führerscheinbesitzer könne sich jedoch laut Verkehrssicherheitsrat freiwillig einem verkehrsmedizinischen Sicherheitscheck bei seinem Hausarzt unterziehen. Eine Beeinträchtigung während



Schwester Kerstin und Schwester Susanne führen den Reaktionstest durch.

der Fahrt könne auch die Einnahme bestimmter Medikamente sein. Das gelte auch für Verordnungen von Medikamenten durch mehrere Fachärzte. Hier sollte geprüft werden, ob der Austausch von Medikamenten die Situation verbessere. Sollte ein Führerscheinbesitzer feststellen, dass seine Fahrtüchtigkeit durch Krankheit oder

altersbedingt eingeschränkt ist, sei ihm angeraten, im Interesse seiner eigenen Sicherheit und der der Mitreisenden, auf Bus, Bahn, Taxi oder Fahrrad umzusteigen. Eine Mitfahrgelegenheit bzw. Bringe- und Mitfahrdienste für Senioren sollten geprüft werden.

Manfred Quägger
Vorsitzender des Seniorenbeirats

Leben mit Demenz – eine Herausforderung

Unter dem Leitbild „Miteinander – Für einander“ bilden der Verein Volkssolidarität Uecker-Randow e. V. und das Mehrgenerationenhaus in Torgelow eine Gemeinschaft für und von Menschen, die Solidarität brauchen und Solidarität geben. Dabei sind Werte wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Verlässlichkeit wichtig und bewahrenswert. Unterstützend wirken und helfen dabei fünf spezielle Projekte:

1. „GeroMobil“

Das Modellprojekt „GeroMobil“ besteht seit 2012 und versteht sich als mobiler

VOLKSSOLIDARITÄT

Uecker-Randow e. V.



Mehr
Generationen
Haus

Diagnose- und Beratungszentrum. Es ist als aufsuchendes Hilfeangebot für Menschen mit Demenz genauso wie für pflegende Angehörige gedacht und soll es dementen Menschen auch im ländlichen Raum ermöglichen, bei guter Lebensqualität länger zu Hause bleiben zu können. Das „GeroMobil“ ist bereits vielen bekannt und wurde nun dank des Landkreises sowie mit dem Preisgeld, das die Auszeichnung mit dem AOK-Ge-

sundheitspreis bot, für ein weiteres Jahr verlängert. Nach einem Tourenplan ist es in den Dörfern unterwegs. Zum mobilen Angebot gehören nicht nur die – auch anonymen – Beratungen in Sachen Demenz. Hilfe bei ganz alltäglichen Dingen wird nachgefragt, etwa bei der Begleitung zu wichtigen Terminen, auf regelmäßiges Trinken und Essen zu achten oder einfach nur da zu sein zum Zuhören oder Miteinander reden. Auch pfl-

gende Angehörige, die oft allein überfordert sind, nutzen gern das mobile Angebot, das ohne zahlreiche Ehrenamtliche gar nicht möglich wäre.

2. „Dörpkieker“

Das Projekt „Dörpkieker“, das für drei Jahre läuft und von der ARD-Fernsehlotterie gefördert wird, ist eine gelungene Ergänzung des „GeroMobils“. Die Region Uecker-Randow ist durch viele kleine Dörfer geprägt, die idyllisch, ruhig und erholsam für Touristen sind. Doch für viele ältere und sehr alte Menschen, die hier leben, ist genau diese Idylle mit Schwierigkeiten verbunden. Das Dorf ist oft nur Übernachtungsplatz, Arbeitsplatz, ärztliche Versorgung, Supermarkt, Kita, Schule oder gar sportliche oder kulturelle Angebote fehlen teilweise oder ganz. Trotzdem gibt es hier Engagierte, die sehr viel bewegen könnten, aber wegen der langen Anfahrtszeiten zur Arbeit fehlt ihnen die Zeit, ihre Ideen umzusetzen. Hier kommt der „Dörpkieker“ ins Spiel und will mit freiwilligen Helfern unterstützen, koordinieren oder vermitteln. Seit Beginn dieses Projekts im November 2014 sind in Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund die ersten Sportangebote in der Region (Torgelow-Drögeheide und Gehren) entstanden, weitere werden vorbereitet. Mit dem Landesverband Sozialpsychiatrie MV e.V. sind dazu Fragebogen erarbeitet worden, die in ähnlicher Form in einem Rostocker Stadtteil erfolgreich eingesetzt wurden. Die Mitarbeiter des „Dörpkiekers“ arbeiten mit allen örtlichen oder ortsnahen Anbietern sozialer Leistungen, mit Verbänden, Vereinen, der Kirche und vielen Organisationen zusammen. Zudem können sie auf die fachliche Unterstützung durch den Pflegestützpunkt, die Schuldnerberatung oder die Wohnungsgesellschaft zurückgreifen.

3. „Sinne erleben und beleben“

Im Januar 2015 startete dieses Modellprojekt der Deutschen Alzheimer Gesellschaft in MV, dessen Träger die Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. und das



Regina Levenhagen und Sandra Behnke (von rechts) nehmen den Altenpflegepreis entgegen; links im Bild die Sozialministerin Birgit Hesse.

Mehrgenerationenhaus sind. Es wird vom Ministerium für Soziales und Gesundheit, vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) M-V sowie von allen Pflegekassen gefördert. Hiermit soll pflegenden Angehörigen eine stundenweise Entlastung ermöglicht werden, indem Ehrenamtliche die an Demenz erkrankten Familienmitglieder für ein paar Stunden individuell in der Häuslichkeit betreuen. Dazu gehören Gedächtnistraining, Alltagsleistungen, Gespräche und Unterhaltungen, Singen, Basteln, Spaziergänge, Begleitung von Ausflügen, Zeitungs- und Bücherlesung, Training des Langzeitgedächtnisses, Verarbeitung von Erinnerungen. Bisher haben 20 Ehrenamtliche am kostenfreien Schulungsprogramm im Mehrgenerationenhaus Torgelow teilgenommen, 15 nahmen bereits ihre Tätigkeit auf, die Resonanz ist steigend.

4. Kurse für pflegende Angehörige

Sie werden seit mehreren Jahren für pflegende Angehörige von an Demenz erkrankten Angehörigen im Mehrgenerationenhaus, in den Tagespflegen des Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. sowie in Pasewalk, Strasburg und Torgelow durchgeführt. Ein einjähriger Kurs umfasst 22 Einheiten von jeweils 90 Minuten vierzehntäglich. Das Hauptziel ist, die Krankheit gemeinsam zu bewältigen. Informationen werden vermittelt zum Grundwissen über die Krankheit, zu Medizin, zur Ernährung, zu gesetzlichen Re-

gelungen. Nicht zuletzt geht es darum, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen. Aus den Pflegekursen entstanden bereits verschiedene Gesprächskreise und auch Selbsthilfegruppen.

5. Selbsthilfegruppe Demenz

Sie besteht seit einigen Wochen. Im Mehrgenerationenhaus Torgelow treffen sich Angehörige mit ihren an Demenz Erkrankten zu Gesprächen mit einer fachlich kompetenten Mitarbeiterin. Die Nachhaltigkeit unserer Projekte und die Zufriedenheit, vor allem der pflegenden Angehörigen, ist aus unserer Sicht unumstritten. Dies wurde in der jahrelangen Praxis mehrfach durch Bewertungen und Dankschreiben nachgewiesen. Eine ganz besondere Anerkennung erfuhren wir durch die Auszeichnung mit dem 2. Platz des Gesundheitspreises der AOK, der uns im Juni 2014 von der Sozialministerin Birgit Hesse im Schweriner Landtag überreicht wurde. Des Weiteren wurden wir im November 2015 in der Ausschreibung des Altenpflegepreises Mecklenburg-Vorpommern für das Projekt „Sinne erleben und beleben“ – geschulte Ehrenamtliche betreuen Demenzerkrankte in den betroffenen Familien – nominiert. Der 2. Preis wurde uns ebenso von der Ministerin Birgit Hesse in der Beruflichen Schule Stralsund überreicht.

Das Team der Mitarbeiter und Ehrenamtlichen aller genannten Projekte

HANSESTADT ROSTOCK

Informieren statt Abwarten: Info-Markt in Lütten Klein

„Wie kann ich im Alter möglichst lange in meiner eigenen Wohnung bleiben?“ Diese Frage bewegt viele ältere Menschen. Auch in Rostock-Lütten Klein ist dies für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner ein wichtiges Thema, das hat nicht zuletzt die Bürgerbefragung im vergangenen Jahr gezeigt. Daher ist es wichtig zu wissen, welche Unterstützungen es dafür gibt und wo man sie bekommen kann. Der Arbeitskreis „Wohnen“ des Seniorenbeirats Lütten Klein und Anke Bülow als Stadtteilkordinatorin im Projekt „Älter werden in Lütten Klein“ hatten deshalb zu einem Info-Markt in das Mehrgenerationenhaus eingeladen. Diese Veranstaltung traf auf eine hohe Resonanz: Etwa 400 Besucherinnen und Besucher, vorwiegend aus dem Stadtteil, nutzten die vielfältigen Informationsangebote:

Besonders gefragt war der Vortrag von Jürgen Fischer von der Verbraucherzentrale MV zum Thema Förderungen von Umbaumaßnahmen in der (Miet-) Wohnung. Hier zeigte sich, dass zahlreiche Einzelheiten bei der Antragstellung und Durchführung zu beachten sind und dass deren Unkenntnis leicht viel Geld kosten und Ärger bringen kann. Anke Bülow berichtete über den aktuellen Stand und die Planungen zum altersgerechten Wohnen in Lütten Klein. Der Arbeitskreis „Wohnen“ hatte dazu in der Vorbereitung alle größeren Woh-



Großes Interesse beim Info-Markt

nungsanbieter im Quartier zu ihrem derzeitigen Angebot sowie zu Vorhaben, wie beispielsweise Aufzugnachrüstung oder Rollatorenstellplätze, befragt. Großes Interesse fand auch der Stand des im Stadtteil ansässigen Aesculap-Sanitätshauses zusammen mit Reha-Technik Möller. Besucherinnen und Besucher konnten viele Hilfsmittel ausprobieren und sich informieren, wie eine Wohnung im Alltag seniorengerechter ausgestattet werden könne. Die Rostocker Heimstiftung und die Krankenpflege Schwester Ines informierten über ihre Angebote zum Betreuten Wohnen im Stadtteil, außerdem stellten sich das Projekt „Wohnen für Hilfe“ und der Malteser-Hausnotrufdienst mit seinen Leistungen vor. Der Pflegestützpunkt der Hansestadt

Rostock und die Verbraucherzentrale MV gaben Auskunft über ihr individuelles Beratungsangebot und erhielten viele Nachfragen rund um das Thema „Wohnen“. Die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie viele Gespräche, Anfragen und Diskussionen an diesem Nachmittag, zeigten einen hohen Informationsbedarf und die Bereitschaft, sich mit Fragen zum Wohnen im Alter intensiv auseinanderzusetzen. Gerade in Wohngebieten wie Rostock-Lütten Klein mit einem hohen Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird dieses Thema weiter an Bedeutung zunehmen und Maßnahmen im Wohnungsbau erforderlich machen. Das bestärkt auch den Seniorenbeirat, Wohnen als einen Arbeitsschwerpunkt zu wählen. ■

Auch ein Seniorentag ist fest eingeplant

Der Ortsbeirat Warnemünde hat einen Seniorenausschuss gebildet, der acht Mitglieder zählen soll. Dieser wird sich um viele Belange der älteren Warnemünder kümmern. Horst Döring, der dem Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock angehört, ist es zu verdanken, dass es nach umfänglicher Prüfung und Recherche zu diesem Ergebnis kam. Es gehe um ehrenamtliche Arbeit im Inte-

resse des Gemeinwohls, nicht um nette Nachmittage in gemütlicher Runde mit Gleichgesinnten, betonte er. „Wenn auch das Eine das Andere nicht ausschließen muss – soll ein Seniorenausschuss einen Sinn haben, dann muss er auch arbeitsfähig sein und die Erwartungen erfüllen.“ Einen Zeit- und Arbeitsplan für die nächsten Schritte gibt es auch. Außerdem ist bereits ein erster

Seniorentag in der Planung. Unter dem Motto „Gemeinsam älter werden in Warnemünde / Diedrichshagen“ soll er Mitte Juni stattfinden. Da es leider noch an einem Begegnungszentrum, etwa auf der Mittelmole von Warnemünde, fehle, werde dieser in der Kleingartenanlage „Am Moor“ e.V. stattfinden – in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock. ■

Gesetzentwurf erreicht die Endspur

Neue Pflegeausbildung soll den Einsatz auf allen Arbeitsfeldern ermöglichen

Der demografische Wandel prägt und verändert unsere Gesellschaft. Die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Pflegeversorgung ist eine der gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben der nächsten Jahre. Das Bundeskabinett beschloss kürzlich den von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, und dem Bundesminister für Gesundheit, Hermann Gröhe, vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe. Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, soll eine qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Ausbildung geboten werden, die ein breites Spektrum an Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Die bisherigen drei Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Ge-

sundheits- und Kinderkrankenpflege sollen reformiert und zu einem neuen einheitlichen Berufsbild zusammengeführt werden. Er wird damit zum größten Ausbildungsberuf in Deutschland mit über 133.000 Auszubildenden. In den Krankenhäusern steigt der Anteil älterer, demenziell veränderter Patienten, in den Pflegeheimen nimmt der medizinische Behandlungsbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner zu. Der ambulante Pflegebereich wird immer wichtiger und ist in besonderer Weise auf breit qualifizierte und flexibel einsetzbare Pflegekräfte angewiesen. Die neue, generalistische Pflegeausbildung soll daher den Einsatz auf allen Arbeitsfeldern der Pflege vorbereiten, einen Wechsel zwischen den einzelnen Pflegebereichen erleichtern und den Pflegekräften selbst damit zu-

gleich wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten und zusätzliche Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Ergänzend zur fachberuflichen Pflegeausbildung, zu der ein Zugang sowohl mit einem mittleren Schulabschluss als auch bei Vorliegen weiterer Qualifikationen mit Hauptschulabschluss sowie mit einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung möglich ist, sieht der Gesetzentwurf eine bundesgesetzliche Grundlage für eine Pflegeausbildung an der Hochschule vor. Damit wird die Attraktivität der neuen Ausbildung für alle Schulabgänger gestärkt und den vorhandenen Pflegekräften werden neue Karrieremöglichkeiten eröffnet. Das Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll 2016 verabschiedet werden. Der erste Ausbildungsjahrgang könnte dann 2018 starten. ■

Kauders Begründung ist ungeheuerlich

Volkssolidarität: Regelung zur Ostrenten-Angleichung nicht weiter verschieben

„Die Volkssolidarität unterstützt die Forderung der Länder, jetzt dringend den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Zwischenschritt für eine Teilangleichung der Renten 2017 zu prüfen.“ Das erklärte Verbandspräsident Dr. Wolfram Friedersdorff zu dem vom Bundesrat auf Initiative von Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verabschiedeten Beschluss zum Rentenversicherungsbericht 2015 und zum Bericht des Sozialbeirats. „Der mehrheitlich vom Bundesrat verabschiedete Beschluss zur Rentenangleichung Ost-West darf von der Bundesregierung nicht ignoriert werden. Ziel muss es sein, die Rentenangleichung zügig voranzubringen und den Angleichungsprozess – wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD versprochen – abzuschließen.“ Um das im Koalitionsvertrag

beschlossene Ziel, mit dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 auch die Rentenangleichung Ost abzuschließen, sei in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung notwendig, betonte Friedersdorff. „Nur so wird es möglich, dieses Ziel zu erreichen.“

Zugleich kritisierte er die jüngste Äußerung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, dass die Unionsfraktion das Thema der Ost-Rentenangleichung „in dieser Legislatur nicht mehr anfassen“ wolle. Mit dieser Erklärung gebe der Vorsitzende der größeren Regierungsfraktion unmissverständlich zu erkennen, dass sie den Koalitionsvertrag in diesem Punkt nicht umsetzen will. „Geradezu abenteuerlich mutet die Begründung für diese Verweigerungshaltung an, er wolle nicht, dass die

Renten in den neuen Ländern sinken.“ Während ein Positionspapier von Bundestagsabgeordneten der CDU-Ost kürzlich noch die aktuelle Umwertung von Ost-Entgelten der Beschäftigten als Haupthindernis für eine Regelung darstellte, gehe Kauder noch einen Schritt weiter, so Friedersdorff. „Der CDU-Fraktionschef unterstellt, dass bei einer Angleichung des Rentenwerts Ost die durch die Umwertung entstandenen Zuschläge in den Ost-Renten in Frage gestellt würden, also auch die der Bestandsrentner. Das kann man nur noch als Unsinn bezeichnen. Denn bestandskräftige Rentenbescheide können nicht nach Gutdünken ausgehebelt werden, auch nicht durch eine Angleichung des Rentenwerts Ost an den in den alten Bundesländern.“ ■

Strom darf kein unbezahlbares Luxusgut werden

Die Volkssolidarität fordert die Bundesregierung auf, angesichts der von Energieunternehmen angekündigten Preissteigerungen für Strom den Regelsatz für „Hartz IV“ und Grundsicherung im Alter zu erhöhen. „Schon jetzt ist der Anteil des Regelsatzes, der auf die Versorgung mit Strom entfällt,

unzureichend, um den Bedarf zu decken“, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff. „Bei Ein-Personen-Haushalten fehlen heute bereits rund 15 Euro im Monat.“ Die Anhebung der Strompreise durch über 200 Energieversorger verschärfe die Probleme für die Menschen, die

auf Hartz IV oder Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Der Präsident forderte die Bundesregierung auf, endlich der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen und der tatsächlichen Preisentwicklung für regelbedarfsrelevante Güter zeitnah Rechnung zu tragen. ■

Mehr Kooperation und Vernetzung

Engagementstrategie des Bundesfamilienministeriums setzt neue Schwerpunkte

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gab kürzlich den Startschuss zur Umsetzung seiner neuen Engagementstrategie, die zusammen mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft erarbeitet und formuliert wurde. Als wichtiges Handlungsfeld gilt die Stärkung der En-

gagement-Infrastruktur. Hier hat das Ministerium mit dem bundesweiten Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ sowie dem Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ bereits erste wichtige Schritte getan. Aber auch die Stärkung der Anerkennungskultur und die Verstärkung und Weiterentwicklung der Freiwilligendienste werden wichtige

Schwerpunkte bleiben. Zivilgesellschaftliches Engagement ist nicht nur freiwillig, sondern ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, das für alle in Deutschland lebenden Menschen gilt. Und es ist die Pflicht des Staates, dieses Recht durch geeignete Rahmenbedingungen zu ermöglichen. ■

Vorbild für die jüngere Generation

Robert Bosch Stiftung verlieh den Deutschen Alterspreis an drei Projekte

Im Beisein von Elke Ferner, der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (in Vertretung von Schirmherrin Manuel Schwesig), verlieh die Robert Bosch Stiftung im November in Berlin den „Deutschen Alterspreis – Ideen im Alter. Ideen fürs Alter“ an drei Projekte und Initiativen, die das Leben älterer Menschen in der Stadt verbessern. Der Preis wird seit 2012 jährlich vergeben. Die elfköpfige Jury entschied: Der erste Preis geht an Manfred Backes von der Saarbahn GmbH für das Mobilitätsprojekt „Mobia-Mobil bis ins Alter“ (60 000 Euro). Der israelische Sänger, Tänzer, Gitarrist und Choreograph Abi Ofarim (77) erhielt für sein im April 2014 in München gegründetes „Jugendzentrum für Seni-

oren“ gegen Armut und Einsamkeit im Alter den zweiten Preis (40 000 Euro) und Thomas Henrich (68) für seinen „Ich-Verein für soziales Engagement“ in Nürnberg und Fürth den dritten Preis (20 000 Euro). Abi Ofarim war in den sechziger Jahren, gemeinsam mit seiner damaligen Frau Esther, ein weltbekanntes Gesangsduo. Die 84-jährige Schauspielerin, Ärztin und Autorin Marianne Koch wurde Trägerin des Otto-Mühlschlegel-Ehrenpreises, „weil sie ein generationenübergreifendes Vorbild“ sei und zu einem „positiven Altersbild in der Gesellschaft“ beigetragen habe. Die aus Funk und Fernsehen bekannte Internistin, die bis 1997 ihre eigene Praxis führte, war bis 2011 Präsidentin der Deutschen Schmerzliga. Mit 70 schrieb sie ihren ersten Medizinrat-

geber, „Tief einatmen“, und erklärt auch heute noch jungen Leuten die Geheimnisse des menschlichen Körpers. Die Otto-und-Edith-Mühlschlegel-Stiftung, aus deren Mitteln der Deutsche Alterspreis vergeben wird, geht auf einen Unternehmer (1898 – 1995) aus dem Schwarzwald zurück, der sich noch mit über 80 Jahren nachdrücklich für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einsetzte. Als Teil der Robert Bosch Stiftung ist es auch ihr Anliegen, ein positives wie differenziertes Bild des Alters und des Alterns zu zeichnen. „Leistungsfähigkeit, Engagement und Kreativität gehören heute für viele ältere Menschen ganz selbstverständlich zum Lebensabschnitt“, kommentierte Bundesministerin Manuela Schwesig die Vergabe des Preises. ric

Informieren und aufklären hilft am meisten

Asyl- und Flüchtlingspolitik bleibt weiterhin die größte Herausforderung

Ist das Pflegewesen in Deutschland ausreichend auf die Bedürfnisse älterer Frauen und Männer mit Einwanderungsgeschichte eingerichtet? Welche Zugangsbarrieren gibt es bei der pflegerischen Versorgung, und welche besonderen Bedürfnisse haben Demenzkranke mit Zuwanderungsgeschichte? Diese Fragen diskutierte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz beim „Fachgespräch Pflege“ im Bundeskanzleramt. Eingeladen hatte sie Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, Vertreter von Fachverbänden und Migrantenorganisationen sowie Anbieter interkultureller Pflegeangebote. In Deutschland leben gegenwärtig mehr als anderthalb Millionen Senioren mit Einwanderungshintergrund, bis zum Jahr 2032 werden es schätzungsweise 3,5 Millionen sein. Vor allem die Sprachmittlung müsse ausgebaut werden, meint Aydan Özoguz, „um von Anfang an Missverständnisse zum Beispiel zwischen Arzt und Patient zu vermeiden“. Nicht zuletzt fordert die Integrationsbeauftragte, gerade in

der Altenpflege vermehrt auf Personal mit Erfahrungen und ausländischen Sprachkenntnissen zu bauen. „Für mich gehört dazu, dass mehr junge Menschen mit Einwanderungsgeschichten in die Pflegeberufe gehen und dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse weiter verbessert wird. Ebenso brauchen wir noch mehr Einwanderung von Pflegekräften, um den immensen Bedarf decken zu können.“

Aydan Özoguz, geboren 1967 in Hamburg, ist seit Dezember 2013 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und seit Januar 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Seit 2008 ist sie zugleich Bundestagsabgeordnete und seit 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. In einem Gespräch mit info 2/2015, der Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, sagte sie: „Ich freue mich, dass sich die Erkenntnis, dass wir Einwanderungsland sind, auch in den Ergebnissen unserer politischen Arbeit wiederfindet.“ Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werde die Asyl- und Flücht-

lingspolitik die größte Herausforderung bleiben. Länder und Kommunen müssten aber strukturell und dauerhaft entlastet und die Asylverfahren beschleunigt werden. „Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass – so banal es klingen mag – Informieren und Aufklären am meisten hilft, um in der Gesellschaft über kulturelle Grenzen hinweg mehr Verständnis füreinander zu schaffen.“

Im Rahmen des Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland“ zeigte die Staatsministerin Verständnis für die Bedürfnisse älterer Migranten und mahnte Verbesserungen bei der Versorgung an. „Mir ist klar, dass wir Gesundheit und auch die Frage nach einer Veränderung des Gesundheitssystems priorisieren müssen, denn zu vielen Angeboten haben ältere Migranten nicht so leicht Zugang. Entweder dringen die Informationen nicht zu ihnen durch, die Angebote liegen nicht in ihrer Sprache vor, oder es gibt kulturelle Barrieren.“ Unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsdebatte gebe es auf diesem Gebiet langfristig viel zu tun. ■

Fachlicher Rat ist immer hilfreich

BIVA stellt zunehmend Kündigungen und Hausverbote in Pflegeheimen fest

In der Beratungstätigkeit der BIVA fiel im vergangenen Jahr die steigende Zahl von Hausverboten und Kündigungen in Pflegeeinrichtungen auf. „Meist sollte damit auch Druck auf kritische Angehörige ausgeübt werden“, stellt Ulrike Kempchen, Leiterin Recht bei der BIVA, fest. Bei rund 1.000 Beratungsgesprächen 2015 entfielen mehr als zehn Prozent auf Konflikte dieser Art. In fast allen Fällen konnte die BIVA den Betroffenen helfen und eine Rücknahme dieser Maßnahmen erreichen – manchmal auch erst über ein Gerichtsverfahren.

„Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen sind durch zahlreiche Gesetze geschützt, da sie sich in mehrfacher Abhängigkeit von der sie betreuenden Einrichtung befinden. Hausverbote oder Kündigungen haben nur in ganz wenigen schwerwiegenden Fällen vor Gericht Bestand“, sagt Rechtsanwältin Kempchen. Sie ermutigt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, sich nicht einschüchtern zu lassen und sich fachlichen Rat zu holen. Als Beispiel nennt sie einen Fall, bei dem einem pflegebedürftigen Mann durch das Pflegeheim fristlos gekündigt wurde, weil sei-

ne Frau auf Anraten der Heimaufsicht Anzeige erstattete. Sie hatte Beobachtungen gemacht, die den Verdacht auf eine Straftat durch eine Pflegekraft rechtfertigten. Der Fall gelangte vor Gericht, das die Kündigung letztlich aufhob. In einem anderen Fall wurde einer Angehörigen, die sich wiederholt über Pflegemängel beschwert hatte, Hausverbot erteilt. In dessen Begründung wurde sie als „Querulant“ dargestellt. Die BIVA konnte den Konflikt letztlich versachlichen, so dass sie mittlerweile wieder das vollständige Besuchsrecht genießt. ■

Juristen in der Rolle des Mediators

Beratungsbedarf der BIVA rund um die Pflege und Betreuung ist gestiegen

Es war ein Rekordjahr für die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA). Die gemeinnützige Organisation mit Sitz in Bonn, die sich gelegentlich des 11. Deutschen Seniorentags einen neuen Namen (bei gleichbleibender Abkürzung) gegeben hatte, konnte 2015 mit rund 1000 Fällen die Zahl ihrer rechtlichen Beratungen deutlich steigern. „Viele Menschen fühlen sich gegenüber den Pflegeeinrichtungen hilflos und trauen sich nicht, ihre Rechte geltend zu machen aus Sorge, dass sie selbst oder die auf Pflege angewiesenen Angehörigen darunter leiden müssen“, sagt BIVA-Vorsitzender Dr. Manfred Stegger. „Nicht selten fällt dabei unseren spezialisierten Juristen die Rolle eines Mediators zu.“ Neben Verbraucherschutzthemen gaben Heimverträge Anlass zu Fragen, wenn die Betroffenen mit der erbrachten Leistung im Pflegeheim nicht zufrieden waren. Immer wieder sorgten auch Veränderungen in der

Pflegestufe für Kritik. Dabei bemängelten Betroffene, dass bei Höherstufungen kaum Leistungsverbesserungen zu beobachten seien, während die Pflegekosten und die Zuzahlungen deutlich anstiegen.

Der Bedarf an unabhängiger rechtlicher Beratung rund um das Thema Pflege wächst. Gründe dafür sieht Stegger in der immer komplexer werdenden Rechtslage und in einem schwer durchschaubaren Leistungsangebot. Hinzu komme die unübersichtliche und regional unterschiedliche Beratungslandschaft, in der sich die Menschen nur schwer zurechtfinden. Entgegen den gesetzlichen Vorgaben werden von einem Viertel der über 14 000 Pflegeheime die Transparenzberichte nicht veröffentlicht. Dabei handelt es sich mehrheitlich um teilstationäre Einrichtungen, das heißt, die Unterbringung und Betreuung erfolgt während der Nacht oder stundenweise am Tag. Die Zahl dieser Einrichtungen wächst kontinuierlich.

Zwei von drei Neugründungen bieten heute teilstationäre Pflege an.

Der Gesetzgeber verlangt, dass alle Pflegeheime einmal jährlich vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen überprüft und, seit 2009, die Ergebnisse in verbraucherfreundlicher Form im Internet veröffentlicht werden müssen. Ausgeklammert wurden hinsichtlich der Veröffentlichung die teilstationären Heime. „Von Transparenz kann man hier nicht sprechen“, bemängelt Stegger. „Die Pflege selbstverwaltung muss kurzfristig korrigierend eingreifen.“

Zunehmend verlieren in vielen Einrichtungen die Bewohnerbeiräte an Einfluss. Damit sie nicht zu reinen Alibi-Gremien werden, will die BIVA auch 2016 weiter aufklären und sich dem schleichenden Niedergang entgegenstellen.

Was den BIVA-Newsletter betrifft, so haben sich mit Einführung des neuen Designs Anfang 2015 die Abonnentenzahlen mehr als verdreifacht. ■

Ein Ideal von Lebenslust, Scharfsinn und Esprit

Senioren können bis ins hohe Alter lernen. Ihr Gehirn wächst und regeneriert sich ähnlich dem junger Menschen. Susanne Donner von der Neurowissenschaftlichen Gesellschaft e. V. nennt als Beispiel Charlie Chaplin (1889-1977). „Kaum hatte er seinen 70. Geburtstag gefeiert, wurde er noch zweimal Vater. Doch er besann sich nicht etwa auf seine Familie, sondern stürzte sich vielmehr in die Arbeit. Mit 78 Jahren drehte er als Regisseur und Drehbuchautor seinen ersten und einzigen Farbfilm: ‚Die Gräfin von Hongkong‘. Die Kritiker waren nicht sonderlich angetan von dem Werk. ‚Eine zähflüssige Romanze‘, urteilt das Lexikon des internationalen Films. Doch aus Sicht der Altersforschung verkörpert Chaplin ein Ideal. Er sprühte vor Lebenslust, Scharfsinn und Esprit – bis ans Lebensende. So sollten wir alle alt werden.“ ■

Bei Älteren löst das nur Kopfschütteln aus

Mit dem Älterwerden verändert sich auch die Empfänglichkeit für Humor. Das hat die amerikanische Psychologin Jennifer Stanley herausgefunden. In einem Beitrag für das Magazin „Psychology and Aging“ (Psychologie und Älterwerden) fand sie heraus, dass Vieles, was Jüngere lustig finden, bei Älteren nur Kopfschütteln auslöst. Jüngere, so die Wissenschaftlerin, können eher über aggressiven Humor lachen, über Witze, die auf Kosten Anderer gehen. Ältere seien davon abgestoßen. Sie amüsieren sich über Humor, der verbindet.

Dass sich der Humor eines Menschen mit dem Alter ändere, liege daran, dass der Mensch im Lauf seines Lebens durch emotionale Rückschläge geprägt werde und im Alter zudem eine Verschlechterung der körperlichen Fähigkeiten feststelle. Ein verbindender Humor helfe, diese Veränderungen leichter hinzunehmen. ■

„Grüner Haken“ für Lebensqualität im Alter

Das bundesweite Heimverzeichnis ist mit Veränderungen ins neue Jahr gestartet

Seit sieben Jahren setzt sich die gemeinnützige Heimverzeichnis GmbH für mehr Lebensqualität im Alter ein. Waren es Anfang 2009 gerade einmal 100 Einrichtungen der stationären Pflege, die sich im Internet mit ihren Leistungsangeboten und Kriterien zur Lebensqualität präsentierten, sind es heute 1.150 Einrichtungen, die mit dem „Grünen Haken für Lebensqualität im Alter“ ausgezeichnet wurden. Insgesamt befinden sich 10.340 Einrichtungen mit ihren detaillierten Leistungsangeboten in der

Heimverzeichnis-Datenbank.

Von Anfang an war die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebedürftige Menschen (BIVA e. V.) an der Entwicklung des Heimverzeichnisses beteiligt. Zum 1. Januar ist sie als Mitgesellschafterin ausgeschieden. Neu dafür wurde Dr. Udo Neumann gewonnen. Er ist Sozialwissenschaftler und Geschäftsführer des Instituts für Soziale Infrastruktur in Frankfurt am Main. Dr. Neumann wird sich verstärkt um die Marketingaktivitäten des Heimverzeichnisses küm-

mern. Starke Kooperationspartner sind weiterhin der Verband der Ersatzkassen e.V. und die Wohnen im Alter GmbH. Das Heimverzeichnis enthält nicht nur die Auflistung aller stationären Einrichtungen für ältere Menschen und die ausführliche Darstellung ihres Leistungsangebots. Es macht auch als einziges Verzeichnis jenseits der Noten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen detaillierte Aussagen zur Lebensqualität in den Einrichtungen. ■

Wege werden barrierefrei geplant

Prof. Dr. Johanna Wanka: Demografischer Wandel muss dem Wohl der Menschen dienen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet Konzepte, die zeigen, wie das Leben vor Ort auch in Zeiten des Bevölkerungswandels attraktiv gestaltet werden kann. Mehrere Forschungsprojekte werden gefördert, um nach Worten der Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka „den demografischen Wandel zum Wohle der Menschen zu gestalten“.

Im Projekt „MobiSaar“ wird für das gesamte Saarland ein flächendeckender Mobilitätsservice für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen entwi-

ckelt, um barrierefreie Wegeplanung zu ermöglichen. Hierzu werden Fahrpläne, Informationen zu Haltestellen, Bussen oder Gehwegen in Echtzeit ausgewertet, gebündelt und über eine Hotline sowie eine Smartphone-App bereitgestellt. Für lange Wege, die mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden müssen, vermittelt eine Servicestelle ehrenamtliche Lotsen, die bei der Fahrt zum Bahnhof im Nachbardorf oder beim Heimweg von der Bushaltestelle helfen.

Neue Möglichkeiten ärztlicher, pflegeri-

scher und sozialer Versorgung auf dem Land will das Projekt „Dorf 2.0“ in der Grafschaft Bentheim in Niedersachsen erforschen. Hier richten neun Projektpartner in den kommenden Jahren eine Servicestelle ein, die vor allem älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen kostenlose medizinische, pflegerische und soziale Versorgung anbietet. Das Projekt „KommiT“ entwickelt in Stuttgart eine Anlaufstelle, über die ältere Menschen Tipps und Ratschläge für die richtige Handhabung technischer Geräte einholen können. ■

Altersgrenze wird schrittweise angehoben

Broschüre gibt Auskunft über das Rentenpaket / Herunterladen aus dem Internet möglich

Kaum war am 1. Juli 2014 das neue Rentenpaket der Bundesregierung in Kraft, da beantragten bereits im gleichen Jahr rund 136 000 „besonders langjährig Versicherte“ die abschlagsfreie Rente mit 63. Sie waren vor 1952 geboren und hatten mindestens 45 Jahre Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt. Auch „langjährig Versicherte“ mit 35 Beitragsjahren können

diese Rente beantragen (zum Beispiel in Altersteilzeit), dann jedoch mit einem lebenslangen Abschlag von 0,3 Prozent für jeden Monat, den die Rente vorzeitig gezahlt wird. Schrittweise wird auch diese Altersgrenze angehoben – auf 65 Jahre für die Geburtsjahrgänge ab 1964. Die neue Regelung wurde vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung und der

sinkenden Geburtenzahlen beschlossen. Die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren schon ab 63 in Rente zu gehen, sei keine Abkehr vom Weg zum längeren Arbeiten, sondern eine sinn- und maßvolle übergangsweise Ergänzung, heißt es in Kommentaren. Weitere Auskünfte gibt eine Broschüre, die aus dem Internet unter www.rentenpaket.de heruntergeladen werden kann. ■

Nachfrage nach Langzeitpflege steigt

AGE unterstützt altersfreundliche Umgebungen innerhalb der Europäischen Union

Mit dem Social Investment-Paket unterstützt die Europäische Kommission die künftigen Herausforderungen durch eine alternde Bevölkerung mit Investitionen zur Nachhaltigkeit in den sozialen Strukturen der Staaten und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einem globalen Umfeld. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es wichtig, so effizient wie möglich zu investieren, wenn man bedenkt, dass soziale Investitionen durch den gesamten

Lebenszyklus der Menschen benötigt werden. Zukunftsprojektionen prognostizieren eine wachsende Zahl älterer Menschen in der EU und damit eine steigende Nachfrage der Langzeitpflege, deren Realisierung mit großen Herausforderungen verbunden sein wird. Altersfreundliche Umgebungen werden als Schlüsselkomponente betrachtet, um ein gesundes, aktives und selbständiges Leben im Alter zu unterstützen. Daher strebt die AGE Platform Europe, das Netzwerk

von mehr als 150 Organisationen, die sich um die Generation 50 plus kümmert, an, altersfreundliche Umgebungen über die europäische Ebene zu fördern. Von einer solchen Investition profitiert neben der sozialen auch die wirtschaftliche Entwicklung und damit die ganze Gesellschaft.

Im Internet sind weitere Informationen abrufbar unter http://www.age-platform.eu/images/stories/Publications/Campaign_AFE_en.pdf

Brigitte Paetow

Strategie bedeutet: Voneinander lernen

Deutsch-japanisches Symposium über mehr Lebensqualität für alle Generationen

Die Bevölkerungsentwicklungen in Deutschland und Japan weisen große Ähnlichkeiten auf. Demografisch prägend für beide Länder sind das niedrige Geburtenniveau, die kontinuierlich steigende Lebenserwartung und die damit verbundene Alterung sowie die steigende Urbanisierung. Das Bundesfamilienministerium und das japanische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sind daher in einen Dialog getreten, der dem Erfahrungsaustausch über den wissenschaftlichen Forschungsstand dienen soll. Bei der Eröffnung des deutsch-

japanischen Symposiums „Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland und Japan“ in Berlin sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner: „Demografienpolitik ist Gesellschaftspolitik. Ziel des Dialogs ist es, voneinander zu lernen, wie wir mehr Lebensqualität für alle Generationen erreichen können.“

In vier Foren beleuchteten japanische und deutsche Wissenschaftler und Vertreter beider Ministerien maßgebliche Bereiche, in denen der demografische Wandel beeinflusst und

gesteuert werden kann: bei der Unterstützung von Familien, der Politik für ältere Menschen, der Gleichstellung von Frauen und Männern und auf der kommunalen Ebene. In diesem Zusammenhang stellte das Bundesfamilienministerium die Demografiewerkstatt für Kommunen vor, die über fünf Jahre mindestens sechs ausgewählte Kommunen (Städte, Gemeinden, Landkreise) bei der Gestaltung des demografischen Wandels durch externe Beratungsteams begleitet und unterstützt.



Grund sind mangelnde Deutschkenntnisse

Einwanderer nehmen Pflegeleistungen seltener als Einheimische in Anspruch

Welche Formen der Pflege nehmen Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch? Wo bestehen Hürden, die es abzubauen gilt? Damit beschäftigte sich der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Auftrag der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung. Eine Expertise machte

deutlich: Dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte Pflegeleistungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung seltener in Anspruch nehmen, kann ganz banale Gründe haben: Wer zum Beispiel aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse keine Informationen über die Angebote zur Pflege hat, kann diese auch nicht in

Anspruch nehmen. Hinzu können andere, kulturelle Gründe treten. „In vielen Kulturen ist Demenz tabuisiert“, heißt es in dem Gutachten der Wissenschaftler, „eine Erkrankung führt zur Isolierung der betreffenden Familie. Daher übernehmen die Angehörigen die Pflege in der Regel selbst, was zu Überforderung führen kann.“



Die tägliche Praxis sieht ganz anders aus

Studie und Broschüre aus der Bertelsmann Stiftung

Der Faktencheck „Palliativversorgung“ der Bertelsmann Stiftung hat erstmals systematisch untersucht, wie palliativmedizinische Versorgung in Deutschland tatsächlich aussieht.

Nur 30 Prozent der 2014 Verstorbenen erhielten laut der Studie eine palliative Versorgung. Einen Bedarf an einer entsprechenden Versorgung am Lebensende haben laut Deutscher Gesellschaft für Palliativmedizin bis zu 90 Prozent. Damit wurde nur jeder dritte Sterbende so betreut, wie es notwen-

dig gewesen wäre. Lediglich sechs Prozent der Befragten möchten ihre letzte Lebensphase im Krankenhaus verbringen. Doch bundesweit sterben 48 Prozent in den Krankenhäusern.

Häusliche Versorgung wird immer wichtiger

Die zunehmende Alterung der Bevölkerung erhöht den Pflegebedarf in den Kommunen. Dabei konzentriert sich das deutsche Pflegesystem immer stärker auf die häusliche Versor-

gung. Der Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh stellt in einer jüngst erschienenen Publikation die ambulante Pflege auf kommunaler Ebene auf den Prüfstand. Dazu wurden bundesweit 16 Kommunen unter die Lupe genommen. Ergebnis ist eine Studie, die in der Broschüre „Demographie konkret – Pflege kommunal gestalten“ ausgewertet wird und sich als Ratgeber versteht. Die Edition umfasst 108 Seiten und kostet 20 Euro; ISBN 978-3-86793-671-2. ■

Vorausschau auf die nächsten zwei Jahrzehnte

Zahl der Hochbetagten wird auf über sechs Millionen steigen

Der demografische Wandel verändert schon heute das Leben in Deutschland. Doch wie wird es in den nächsten 15 oder 20 Jahren aussehen? Besonders für die Gemeinden im ländlichen Raum dürften die Folgen des Bevölkerungsrückgangs dramatisch werden. So werden zum Beispiel im sächsischen Hoyerswerda, in Bitterfeld-Wolfen und Gräfenhainichen in Sachsen-Anhalt und im thüringischen Roßleben 2030 gut 20 Prozent weni-

ger Menschen leben als 2012.

Und in den kommenden 15 Jahren steigt die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre bundesweit um 47,2 Prozent auf über 6,3 Millionen. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung bedeutet einen erhöhten Pflegebedarf in den Kommunen.

Um es Planern in kommunalen Einrichtungen und Institutionen zu erleichtern, die demografischen Entwicklungen in ihre strategischen Überlegungen

einzubeziehen, veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung in Gütersloh den Datenreport „Wer, wo, wie viele? – Bevölkerung in Deutschland 2030“. Darin sind die Entwicklungen von Geburtenzahlen, Altersgruppen oder Wanderungen für die einzelnen Bundesländer sowie ihrer Kreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2030 vorausberechnet. www.wegweiser-kommune.de

Ulrike Osthus
change 3/2015

Mit Hundert hat man noch Träume

Wiesbadener Fotograf meint: Der Blick auf das Alter muss umgekrempelt werden

Seit 2006 porträtiert der Wiesbadener Fotograf und Grafik-Designer Karsten Thormaehlen Frauen und Männer, die über 100 Jahre alt geworden sind. Daraus ist eine Installation mit dem Titel „Jahrhundertmensch“ entstanden, die er in Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigt. „Unsere Gesellschaft wird immer älter“, sagt er. „Es ist wichtig, dass wir unseren Blick auf das Alter umkrempeln. Ich möchte deshalb

mit meinen Arbeiten zum Nachdenken anregen und unser aller Altersbild korrigieren.“ Auf mannshohen Porträts blicken dem Betrachter die sehr alten Menschen mit Würde und Selbstbewusstsein entgegen.

Thormaehlen, über den wir im *Seniorenkurier* schon in der Ausgabe 2/2014 berichteten, hat außerdem die Bildbände „Jahrhundertmensch“ (2008) und „Mit Hundert hat man noch Träume / Happy at Hundred“

(2011) herausgebracht. Für sein Projekt „Silver Heroes“ fotografierte er von 2009 bis 2012 Menschen jenseits der 70 beim Sport. Dazu gehören eine 71-jährige Rennfahrerin, die mit 360 Kilometern in der Stunde auf dem Motorrad über amerikanische Salzseen rast, eine 75-jährige Deutsche Meisterin im Drachentreiben, ein 77-jähriger Ultramarathonläufer und der mit 88 Jahren älteste Bungee-Springer der Welt. ■

Die Datenbank umfasst rund 20 000 Lieder

Garten- und Landschaftsarchitekt öffnet zweimal in der Woche online „Burchards Musiktruhe“

„Carinthia Power“ heißt im Internet ein Online-Sender, den der heute 75-jährige pensionierte Garten- und Landschaftsarchitekt Burchard Wedewer aus Pforzheim betreibt. Montags und donnerstags geht er für zwei Stun-

den auf Sendung und führt durch sein Programm „Burchards Musiktruhe“. Es gibt moderne Volksmusik, nationale und internationale Schlager, Hitparaden, Sondersendungen und Nachrichten. Alles, was er braucht, hat

er bei sich: einen Computer, eine Datenbank mit etwa 20 000 Liedern und eine Software, mit der er sich in das Programm von „Carinthia Power“ einwählt und mit Moderatoren Sendepläne und Formate entwickelt. ■

Die Zeit ist ein Geschenk im Alter

Prof. Reimer Gronemeyer: Wichtig ist, was man in die Nachbarschaft einbringen will

„Das Nachdenken über das Altern jenseits der Verdrängung dieses unabänderlichen Lebensprozesses ist mir wichtig und war der Anlass für mein Buch „Altwerden ist das Schönste und Dümme, was einem passieren kann.“ Das sagt der Soziologe Prof. Dr. Reimer Gronemeyer von der Justus-Liebig-Universität Gießen. „Ich habe dabei erfahren, was für ein Ge-

schenk die Zeit ist, die wir haben, gerade im Alter.“

Danach befragt, ob er das Altern schön finde, meint er: „Ja und nein. Ja, wenn ich beispielsweise an die tiefen Glücksmomente denke, die ich jetzt in der Betrachtung der Natur empfinde – und nein, wenn ich erlebe, dass es Verluste gibt und dass es keinen Platz für das Alter in der Gesellschaft

gibt.“ Ihm sei es wichtig, wie man mit der Zeit umgehe, von der es im Alter meist mehr gebe als in anderen Lebensphasen. „Es kann nicht allein um Versorgung und Konsum gehen, denn dann sind wir nicht mehr lebendig im Alter. Die Frage, ob man etwas einbringen will in die Nachbarschaft, gehört auch zu diesem Blick nach innen.“ ■

280 Gedichte aus acht Jahrhunderten

Eine Anthologie mit dem Titel „Altershalber“ haben Henriette Herwig, Professorin für Neuere deutsche Literatur an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, und Dr. theol. Helmut Zwanger, Pfarrer an den Martinskirchen in Sindelfingen und Tübingen, im Verlag Klöpfer & Meyer herausgegeben. Sie vereint 280 Gedichte von rund 200

Autorinnen und Autoren aus acht Jahrhunderten zum Thema Alter – von Walther von der Vogelweide bis zur Gegenwart. Als Beispiel deutschsprachiger Lyrik spiegelt sich eine Fülle von Einsichten und Aussichten, von Lebensimpulsen und Horizonten wieder und macht Mut zur Vieldimensionalität des Alterns. ■

Traditionelle Lebensläufe haben sich verändert

Die Alterns- und Lebenslaufforschung gehören heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, untrennbar zusammen. Traditionelle Lebensverläufe haben dadurch, dass das Alter eine sich immer weiter ausdehnende Lebensphase darstellt, entscheidend verändert. Die spezielle Forschung rückte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend ins Blickfeld. Der 2. Weltkrieg bewirkte eine Zäsur und führte, besonders im deutschsprachigen Raum, nach seinem Ende zu einem Neuanfang.

Zugleich setzte, spätestens seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, eine starke Internationalisierung ein. Vor allem wurden Theorieansätze und Befunde aus dem anglo-amerikanischen Raum aufgenommen und in der europäischen Gerontologie umgesetzt. Ins Detail dazu geht eine von Hans-Werner Wahl und Heidrun Mollenkopf herausgegebene Dokumentation, die schon 2007 im Akademie-Verlag Berlin erschien (ISBN 978-3-89838-078-2). ■

Der alte Liebermann

Ein Kunsthändler aus Brüssel traf wenige Wochen nach Hitlers Machterschleichung Max Liebermann, der – sei es wegen seines hohen Alters, sei es, weil er den richtigen Augenblick der Emigration versäumt zu haben oder anderswo nicht leben zu können glaubte – in Berlin geblieben war, im Kaffeehaus Kranzler Unter den Linden. Der Maler saß allein an einem versteckten Tisch im Hintergrund des großen Saales und kritzelte Fratzen auf die Rückseite der Speisekarte. „Ihr Aussehen gefällt mir nicht, Meister“, sagte der Belgier nach den ersten Worten der Begrüßung. „Essen Sie nicht zu wenig? Wie geht es Ihnen überhaupt?“ – „Ach, wissen Sie“, entgegnete Liebermann, „heutzutage kann man gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte.“

*F(ranz) C(arl) Weiskopf (1900-1955)
Schriftsteller und Übersetzer*

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales Mecklen-
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Februar 2016; Redaktionsschluss
für Nr. 2/2016: 15. Mai 2016

Dat Johr

Januar bringt les in'n Sod;
Kohl mit Swienskopp smeckt denn god.

Februor kümmt mit Rügenflaeg,
smölt dei Snei in Heid un Haeg.

Martmand lött den'n Stormwind weihn;
flietig sünd de Buern bi't Sein.

In'n Prillmand all die Primels bläuh;
hür eins, wo dei Draußel fläut'

Maimand singt dei Nachtigall,
buten spält dei Gören Ball.

Juni – wat för'n Blaumenpracht!
lerd un Häben – wo sei lacht!

Juli lad't taun Baden in,
Sünn – dei hett dat god in'n Sinn.

Austmand bringt dat Kurn in't Fack,
Atribor steiht stolt up't Dack.

September wiest uns in den'n Gorn,
lett uns Beern un Appels ohrn.

Wenn dei Oktober kümmt, denn weet
Rebhuhn, Haas un Reh Bischeed.

November bringt uns Dau un Dak;
Näwelkreihn hüppt up de Brak.

Un in'n Dezember: Wiehnachtsmann
steckt die Dannbomlichter an.

Gefunden in einem plattdeutschen Kalender von 1916



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11

Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

www.wohnpark-zippendorf.de